

### Polens Beziehungen zu Russland: zwischen Argwohn und Zusammenarbeit

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, K.-O. (2000). *Polens Beziehungen zu Russland: zwischen Argwohn und Zusammenarbeit*. (Berichte / BIOst, 31-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41715>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Mit Nr. 31/2000 endet die Reihe "Berichte des BIOst"**

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
<b>Die Schatten der Vergangenheit .....</b>	<b>7</b>
<b>Polen und Russen: Alte Feindschaft rostet nicht? .....</b>	<b>10</b>
<b>Polens Rußlandpolitik als Teil der polnischen Ostpolitik .....</b>	<b>11</b>
<b>Sicherheitspolitik: Polnisch-russische Beziehungen – im Schatten der NATO? .....</b>	<b>14</b>
<i>Dauerbrenner 1: Kaliningrad .....</i>	<i>17</i>
<i>Dauerbrenner 2: Ausgestaltung der Pufferzone</i> – "cordon démocratique" vs. "nahes Ausland" .....	<i>18</i>
<b>Polens EU-Beitritt und mögliche Folgen für die</b> <b>polnisch-russischen Beziehungen .....</b>	<b>20</b>
<i>Restriktivere Einreisebestimmungen .....</i>	<i>21</i>
<i>Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) .....</i>	<i>23</i>
<b>Wirtschaftsbeziehungen: Mehr Interdependenz oder Dependenz? .....</b>	<b>24</b>
<b>Energiepolitik: Kreuzung von Wirtschaft,</b> <b>Ostpolitik und Sicherheitsbelangen .....</b>	<b>29</b>
<b>Kaliningrad: Polnischer Berührungspunkt mit Rußland .....</b>	<b>33</b>
<b>Gesellschaftliche Wahrnehmung:</b> <b>Sorge und Kooperationsbereitschaft.....</b>	<b>35</b>
<b>Herausforderungen und Ansatzpunkte der polnisch-russischen Beziehungen .....</b>	<b>37</b>
Summary .....	43

13. November 2000



**Kai-Olaf Lang**

## **Polens Beziehungen zu Rußland: Zwischen Argwohn und Zusammenarbeit**

Bericht des BIOst Nr. 31/2000

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Polen und Rußland müssen in ihrer jahrhundertealten Geschichte auf eine Vielzahl problembeladener Phasen zurückblicken. Der große Nachbar im Osten verhiß für Polen meist nichts Gutes: Unterdrückung, Kriege, Fremdherrschaft. Es wundert daher wenig, wenn auch nach 1989 bzw. 1991 in den polnisch-russischen Beziehungen immer wieder Irritationen und Friktionen zu registrieren sind. Doch bei näherem Hinsehen wird deutlich, daß das Verhältnis zwischen Polen und Rußland keineswegs nur ein konfrontatives Gegeneinander ist. Polens Beziehungen zu seinem großen Nachbarn im Osten stellen sich in ihrer Vielschichtigkeit differenziert dar: teils spannungsvoll und problembeladen, aber gleichzeitig auch dynamisch und kooperativ. Dies bestätigt der Blick auf einzelne Dimensionen der bilateralen Kontakte: auf das Vermächtnis der jüngsten Vergangenheit, die ostpolitischen Kontexte, das sicherheitspolitische Umfeld, Polens künftige Mitgliedschaft in der EU, die gesellschaftliche Wahrnehmung.

#### *Ergebnisse*

1. Nach wie vor lasten die Schatten vor allem der jüngsten Vergangenheit auf den beiderseitigen Kontakten. Nachdem Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre eine kurze Episode mit wichtigen russischen Gesten Richtung Warschau ausgemacht werden kann, verflog die russische Bereitschaft, sich demonstrativ zu den dunklen Kapiteln der Geschichte zu bekennen. Ende der 90er Jahre sind russischerseits Tendenzen zu beobachten, die hinter den Stand der zu Beginn der Dekade erbrachten Signale zurückfallen. Gleichzeitig wurde aber deutlich, daß man in Moskau in wichtigen Grundfragen am Kurs der offenen Annäherung an die gemeinsame Geschichte festhält. Aufgrund der in Warschau geübten Zurückhaltung auf Moskauer Fehlritte sind die Wege für eine Fortsetzung des beiderseitigen Dialogs und die Aufarbeitung der Vergangenheit zumindest nicht versperrt.
2. Bezüglich der Politik Polens gegenüber der Region an seiner Ostflanke besteht nach wie vor eine strukturelle Interessendiskrepanz zwischen Warschau, dem an einer Intensivierung der Kontakte mit den Staaten dieser Region gelegen ist, und Moskau, das sich um die Sicherung bzw. Wiederherstellung seines Einflusses in diesen Ländern bemüht. Besonders signifikant ist dieser Gegensatz mit Blick auf die Ukraine und bei Polens Eintreten für eine rasche zweite Runde der NATO-Osterweiterung.

3. Die wirtschaftlichen Beziehungen entfalteten sich zunächst dynamisch, wurden dann aber durch die Auswirkungen der Rußlandkrise Ende der 90er Jahre vorübergehend zurückgeworfen. Weiterhin ist aber der wirtschaftliche Austausch das Gebiet, auf dem die Kooperationsbereitschaft gerade in Polen am höchsten ist. Polnischerseits werden daher immer wieder Initiativen eingebracht, die auf eine Revitalisierung und Unterstützung der Wirtschaftskontakte abzielen. Viele dieser Vorhaben scheiterten jedoch an ihrer halbherzigen Realisierung. Dabei dürften auch politische Meinungsverschiedenheiten eine Rolle gespielt haben. Gegen die Vorstellung einer Ökonomisierung der polnisch-russischen Beziehungen, die als solide Basis für andere Ebenen der bilateralen Kontakte dienen soll, wird der Einwand erhoben, eine allzu intensive wirtschaftliche Verflechtung mit Rußland könne neue Abhängigkeiten schaffen.
4. Die Furcht vor einer übermäßigen Abhängigkeit ist in Polen besonders ausgeprägt auf dem Feld der Energieversorgung bzw. konkret bei der Frage der Lieferung von Energieträgern, vor allem Erdgas aus Rußland. Bei der seit Anfang 1999 besonders intensiv diskutierten Problematik des Baus einer zusätzlichen Erdgasleitung von Rußland nach Westeuropa wird sichtbar, wie eng aus polnischer Sicht wirtschafts- und energiepolitische, sicherheitspolitische und strategische Fragestellungen im Kontext seiner Rußland- und Ostpolitik verwoben sind.
5. Sicherheitspolitisch ergab sich zwischen Polen und Rußland die Situation eines gefestigten Mißtrauens: Die NATO-Mitgliedschaft Polens führte zu keiner Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses, aber sie führte auch zu keiner positiven Wende. Die angestrebte "Normalisierung nach der Integration" wird erst mittelfristig zur Geltung kommen können.
6. Durch Polens künftige EU-Mitgliedschaft sollen nach Beteuerungen polnischer Politiker die polnisch-russischen Beziehungen nicht in Mitleidenschaft geraten. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, daß die Übernahme des EU-Besitzstandes durch Polen sowohl wirtschaftliche als auch zwischenmenschliche Kontakte limitiert. Zwar liegt das polnische Engagement für Rußland in dieser Frage klar hinter dem Einsatz für die Ukraine zurück, dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, daß hier eine Interessenparallelität zwischen Polen und Rußland besteht.
7. Die Wahrnehmung Rußlands und der Russen durch die polnische Gesellschaft ist keineswegs eindeutig durch negative oder gar ablehnende Haltungen geprägt. Es dominieren eher Vorsicht und Zurückhaltung. Das Wort "Russophobie" ist in diesem Zusammenhang nur insoweit angebracht, als es eine Art "Ängstlichkeit" vor Rußland bezeichnet, nicht aber ein Gefühl der Ablehnung oder des Hasses. Vielsagend ist der Umstand, daß gegen die knapp 2,5 Mio. russischen Staatsbürger, die jedes Jahr nach Polen kommen, keine manifesten Angriffe mit fremdenfeindlichem Hintergrund festzustellen sind.
8. Insgesamt sind die Beziehungen Polens zu Rußland geprägt durch das Nebeneinander von Mißtrauen und Kooperationsbereitschaft. Irritationen und nervöse Reaktionen lassen Kaltfronten in den bilateralen Beziehungen entstehen, führen aber nicht zu neuen Eiszeiten. Um die Beziehungen zu Rußland robuster auszugestalten, könnte auf polnischer Seite die Reduktion folgender Defizite avisiert werden:

- Die polnische Rußland- bzw. Ostpolitik sollte auf ein breites, lagerübergreifendes Fundament gestellt werden, um so zu verhindern, daß innenpolitische Richtungsauseinandersetzungen auf diesen sensiblen Bereich der Außenpolitik durchschlagen.
- Polen muß darauf achten, in Anbetracht seiner Einbindung in die NATO sowie der künftigen Mitgliedschaft in der EU keine spezifische Rußlandpolitik zu realisieren. Sollten Polens Beziehungen zu Rußland substantiell von den rußlandpolitischen Vorstellungen der westlichen Partner Polens abweichen, setzt sich Warschau dem Risiko aus, von diesen gemäßregelt oder übergangen zu werden.
- Von polnischen Politikern wurde gegenüber Rußland noch nicht in ausreichender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß Polen nicht an einem schwachen, sondern an einem politisch gefestigten, gesellschaftlich konsolidierten und wirtschaftlich prosperierenden Rußland interessiert ist.
- Stärkere Impulse als bislang könnten von den gegenüber Rußland offenen Segmenten in der polnischen Gesellschaft ausgehen. Dazu gehören Geschäftsleute, die im Osthandel tätig sind, vereinzelte Politiker und politische Strömungen oder Teile der polnischen Intelligenz.





## Die Schatten der Vergangenheit

Zu den Konstanten der polnisch-russischen Realität nach 1989 bzw. 1991 gehört die Wirkungsmacht schwieriger Kapitel aus der gemeinsamen Vergangenheit. Das jahrhundertealte polnisch-russische Gegeneinander hat sich tief in das kollektive Gedächtnis beider Nationen eingegraben. Was den polnischen Blickwinkel anbelangt, sind es namentlich traumatische Erfahrungen der politischen und militärischen Niederlagen, welche Polens Staat, Nation und Gesellschaft durch Rußland zugefügt wurde, die dafür sorgen, daß die oft dunklen Seiten der Geschichte nicht der kollektiven Amnesie anheimfallen. Natürlich bilden die blutigen Auseinandersetzungen mit dem zaristischen Rußland einen auch heute noch präsenten integralen Bestandteil der polnischen Nationalmartyriologie. Exemplarisch sei auf die Feierlichkeiten anläßlich des 200. Jahrestages des "Gemetzels von Praga" von 1794 hingewiesen.<sup>1</sup> Doch sind es die gewaltsamen Konflikte des 20. Jahrhunderts, die in der Vor-1989er-Ära tabuisierten Auseinandersetzungen zwischen Polen und dem bolschewistisch-sowjetischen Nachbarn, die als schwerste Hypothek auf den Beziehungen zwischen Warschau und Moskau lasten. Dazu gehören in erster Linie der Ribbentrop-Molotov-Pakt und der sowjetische Überfall auf Polen im September 1939, die sich daran anschließende Ermordung von Tausenden polnischen Staatsbürgern, vorwiegend Angehörigen der militärischen, politischen und bürokratischen Eliten, durch den sowjetischen Sicherheitsdienst in der Nähe der Städte Katyn, Miednoje und Charkow oder das Schicksal von Hunderttausenden von Polen, die tief in die Sowjetunion verschleppt wurden.

Zweifelsohne war zu Beginn der 90er Jahre von Moskauer Seite ein Maß an *good will* demonstriert worden, das in der Zwischenzeit nicht mehr erreicht wurde. Damals zeigte das polnische Interesse an der Aufklärung "weißer Flecken" und das Drängen auf ein Bekenntnis Rußlands zu seiner eigenen Vergangenheit in Moskau begrenzte, doch den Umständen entsprechend beachtliche Wirkung. Den nachhaltigsten Eindruck hinterließ hierbei Boris El'cin im August 1993, als er bei seinem Besuch in Warschau auf dem ehrwürdigen Powązki-Friedhof die polnischen Opfern des stalinistischen Terrors ehrte und ein in Polen bis heute hoch geschätztes "prostitute" sprach.<sup>2</sup> Schon im Mai des vorhergehenden Jahres hatten die beiden Staatspräsidenten Wałęsa und El'czin eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die stalinistischen Verbrechen verurteilt wurden. Im Herbst 1992 erklärte sich die russische Seite bereit, die wichtigsten Dokumente im Zusammenhang mit der Ermordung von etwa 27.000 polnischen Offizieren und Beamten zu übergeben, die nach dem 17. September 1939 in sowjetische Gefangenschaft geraten waren und 1940 vom NKWD

---

<sup>1</sup> Im Rahmen der Niederschlagung des Aufstands von 1794 eroberten die Truppen des russischen Generals Suworow Praga, einen Vorort von Warschau. Dabei sollen neben 8.000 polnischen Soldaten 12.000 Zivilisten durch Kosakenverbände ermordet worden sein.

<sup>2</sup> Lekeja Katynia, Tygodnik Solidarność, Nr. 9, 3.3.2000. Der Publizist Andrzej Romanowski schrieb damals: "Wer je darüber nachgedacht hat, was Rußland über Jahrhunderte hinweg war, der ist in der Lage, alle aus dem heutigen Moskau kommenden Gesten wertzuschätzen." Tygodnik Powszechny, Nr. 36, 5.9.1993. zit. nach: Czesław Mojsiewicz: Stosunki Polski z Federacją Rosyjską, in: Marian Szczepaniak u.a.: Polska i jej nowi sąsiedzi, Poznań, Toruń 1994, S. 80-103, hier: S. 90.

umgebracht wurden.<sup>3</sup> Gerade im Zusammenhang mit den stalinistischen Verbrechen offenbarten sich allerdings frühzeitig Meinungsverschiedenheiten. Entgegen polnischer Bemühungen weigerte sich etwa die russische Seite, einen Passus bezüglich dieser Problematik in den Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrag, der im Mai 1992 unterzeichnet wurde, aufzunehmen.<sup>4</sup>

Um die Jahrestage, die die Untaten von Katyn, Miednoje und Charkow symbolisieren, entzündeten sich ebenso wie um die historischen Marksteine "17. September 1939" (sowjetischer Einmarsch in Ostpolen) und "August 1944" (sowjetische Truppen warten auf der rechten Seite der Weichsel, bis der Warschauer Aufstand von den deutschen Besatzern niedergeschlagen wird) immer noch heftige Kontroversen. Diese aber als "Gelegenheit zur Demonstration und zur Entwicklung des antirussischen Komplexes" der Polen zu bezeichnen, greift zu kurz.<sup>5</sup> Schließlich läßt auch die russische Seite bei solchen Anlässen ihren wohlgepflegten antipolnischen Ressentiments freien Lauf. Etwa als sich die Invasion der Roten Armee in Ostpolen zum sechzigsten Mal jährte und das russische Außenministerium verlautbaren ließ, daß der Einfall sowjetischer Truppen keine Aggression der UdSSR gegen Polen gewesen sei, sondern lediglich dazu gedient habe, eine Art Schutzzone gegen einen drohenden deutschen Überfall auf die Sowjetunion zu schaffen.<sup>6</sup> Diese Erklärung löste in Polen einen Sturm der Entrüstung aus. Der Vorsitzende des Außenausschusses des polnischen Sejm sprach von "einer Kampagne des russischen Chauvinismus", der Sprecher des polnischen Außenministeriums redete von Argumenten, die aus der "Propagandasprache der Stalin-Ära" bekannt seien.<sup>7</sup> Daß es auf russischer Seite auch kritische Stimmen zur Haltung des eigenen Außenministeriums gab, ging weitgehend unter.<sup>8</sup>

Zu den Motiven der russischen Erklärung gehörte nicht zuletzt die Angst vor dem Ruf nach Entschädigungszahlungen für die polnischen Opfer des Überfalls von 1939. Von den 650.000 bis 1,5 Mio. in die Tiefen Rußlands verschleppten Polen sind noch etwa 80.000 am Leben. Daß man in Polen dabei eingedenk der wirtschaftlichen Möglichkeiten Rußlands weniger an Wiedergutmachungsleistungen als an "symbolische Gesten" denkt, ändert nichts daran, daß

---

<sup>3</sup> Die in drei großen Lagern festgehaltenen polnischen Gefangenen wurden im April und im Mai 1940 durch Massenexekutionen umgebracht und dann in Massengräber geworfen. Nach jüngsten Zählungen liegen in Katyn (bei Smolensk) die Überreste von 4.400 Gefangenen, in Charkow von 3.800 und in Miednoje (bei Twer) von 6.300. Mit weiteren 7.300 wurde die Zahl der Opfer veranschlagt, die in der Westukraine und im westlichen Weißrußland liegen. *Zagłada polskich oficerów w ZSRR, Rzeczpospolita*, 19.6.2000.

<sup>4</sup> Die Dethematisierung dieser Frage wurde von Rußland sogar als *conditio sine qua non* für den Vertragsabschluß angesehen. Vgl. Wojciech Zajączkowski: *Stosunki polsko-rosyjskie*, in: Barbara Wizimirska (Hrsg.): *Rocznik polskiej polityki zagranicznej* 1992, Warszawa 1994, S. 187-193, hier: S. 189.

<sup>5</sup> So Jiří Vykoukal: *Polské vidění Ruska: příklad negativního stereotypu* (V. Setrvaňost a inovace 90. let), in: *Slovanský přehled, Review for Central, Eastern and Southeastern European History*, Nr. 3 2000, S. 333-343, hier: S. 337.

<sup>6</sup> *Oświadczenie rosyjskiego MSZ, Gazeta Wyborcza*, 15.9.2000.

<sup>7</sup> *Krótki kurs rosyjskiego, Życie*, 15.9.1999, AP, 15.9.1999.

<sup>8</sup> So Aleksander Jakowlew, Vorsitzender der russischen Kommission für die Rehabilitierung der Opfer politischer Repression, der sich von der Erklärung indirekt distanzierte, *Rosja bardziej pojednawcza, Życie*, 19.9.1999.

Warschau mit Forderungen nach Entschädigung in Moskau auf Granit beißt. Rußlands Vorschlag, geschädigte polnische Staatsbürger mögen sich auf der Grundlage der Gesetze zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repression vor russischen Gerichten individuell um Entschädigung bemühen, würde nur einen Bruchteil der Geschädigten betreffen und ist daher für Polen inakzeptabel. Trotz geringer Chancen auf Erfolg will die polnische Regierung an der Forderung nach Entschädigung weiter festhalten.<sup>9</sup> Zusätzlichen Schwung erhält das in Rußland ungern vernommene polnische Begehren durch die Ankündigung des neugeschaffenen polnischen Instituts des Nationalen Gedenkens, das sich mit der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit und mit Verbrechen gegen die polnische Nation beschäftigt, in Sachen "Katyn" Ermittlungen aufzunehmen.<sup>10</sup> Die russische Antwort auf die polnischen Entschädigungswünsche bestand in einer Gegenoffensive, in der Entschädigungszahlungen für russische Opfer aus dem polnisch-bolschewistischen Krieg von 1920 geltend gemacht werden sollen.

In Anbetracht der spannungsgeladenen und leicht entflammaren "Vergangenheitsproblematik" muß es als Erfolg gewertet werden, daß im Jahr 2000 die drei großen Exekutionsstätten von 1940 (von denen zwei, Katyn und Miednoje, auf dem Gebiet der Russischen Föderation liegen) offiziell als Polnische Militärfriedhöfe eingeweiht wurden. Daß es dabei Schönheitsfehler gab (die russische Seite war nicht daran interessiert, die Veranstaltung in Katyn unter Beteiligung der Staatspräsidenten abzuhalten; den polnischen Teilnehmern wurde die Einreise nach Rußland erschwert), war zu erwarten. Die formellen und offiziellen Akte der Kontemplation zeigten Polen, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der politischen Klasse Rußlands eine Bereitschaft, wenn nicht zum Dialog, so doch zur Anerkennung eines Rechts auf Trauer gibt. Ob sich diese Disposition vertiefen wird oder wenigstens auf dem jetzigen Niveau halten kann, wird davon abhängen, welche der beiden gerade um die Feierlichkeiten in Miednoje sichtbar gewordenen russischen Grundhaltungen die Oberhand gewinnen wird: die des Bewußtseins eines gemeinsamen Leidens (auf allen Friedhöfen liegen Russen und Polen) und der Bitte um Vergebung, wie sie von wenigen Einzelpersonen verkörpert wird,<sup>11</sup> oder die der Gleichsetzung der stalinistischen Verbrechen und mit dem Schicksal russischer Soldaten und Denkmäler in Polen, der Verharmlosung der polnischen Leiden während des 2. Weltkriegs und der Ablehnung jeglicher Verantwortung für etwaige sowjetische Verbrechen.<sup>12</sup> Die Schwäche der ersten Haltung und die weitgehende Absenz eines Schuldeingeständnisses legt zusammen mit der oft überzogenen und russische

---

<sup>9</sup> Ofiary niegodne odszkodowań, *Życie*, 16.9.1999, Rachunek do wystawienia, *Wprost*, 17.9.2000.

<sup>10</sup> Katyń pod lupą IPN, *Życie*, 5.9.2000.

<sup>11</sup> Wie sie von den an einigen Gräbern in Miednoje aufgesteckten Zetteln mit der Aufschrift "Vergebt uns, Polen" zum Ausdruck kamen. *Wybaczcie*, *Gazeta Wyborcza*, 4.9.2000.

<sup>12</sup> Teile der Kommunisten und Nationalisten in der Duma wollen den Ausbau der Gedenkstätte in Miednoje davon abhängig machen, daß russische Soldaten und Rotarmisten, die im 1. Weltkrieg bzw. im polnisch-russischen Krieg gefallen sind, auf eine ähnliche Art bestattet werden, wie die polnischen Opfer in Rußland. *Złustrować Miednoje*, *Trybuna*, 21.9.2000. Zur Verharmlosung des polnischen Leidens im 2. Weltkrieg vgl. den Artikel aus *Nezavisimaja gazeta* vom 28.9.2000 und den diesbezüglichen Kommentar in: *Gazeta Wyborcza*, 29.9.2000.

Spezifika nicht beachtenden Erwartungshaltung in Polen den Schluß nahe, daß Polen und Rußland gegenwärtig noch nicht reif für das gegenseitige Vergeben sind. Anders ausgedrückt: Die unrühmlichen Etappen der gemeinsamen Historie werden auch weiterhin Konfliktpotential in sich bergen.

### **Polen und Russen: Alte Feindschaft rostet nicht?**

Im Januar 2000 wurden unter großer Aufmerksamkeit der in- und ausländischen Medien neun in Polen akkreditierte russische Diplomaten des Landes verwiesen. Der Grund: Die polnische Regierung warf ihnen Spionagetätigkeit vor. Im darauffolgenden Monat stürmten Mitglieder der kleinen polnischen Anarchistenvereinigung Naszoć das russische Konsulat in Posen und verbrannten dabei aus Protest gegen die russische Militäraktion in Tschetschenien eine russische Fahne. In Rußland reagierte man prompt: Protestnoten, Empörung in der Staatsduma, ein abgesagter Besuch Außenminister Ivanovs, antipolnische Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg. In der russischen Presse war die Rede davon, daß in Polen die "russische Karte" gespielt werde, um innenpolitisch zu punkten.<sup>13</sup> Für zusätzliche Aufregung in Moskau sorgte ein im Frühjahr versehentlich ins Internet eingestellter interner Rapport des polnischen Staatsschutzes, in dem eindringlich vor weiterhin bestehenden Aktivitäten russischer Geheimdienste in Polen gewarnt wurde.

Die Ereignisse zu Beginn des Jahres 2000 bestätigen es: Das Verhältnis zu Rußland ist das Sorgenkind der polnischen Außenbeziehungen. Nicht nur Einzelaktionen wie die Attacke auf das Konsulat und der "Krieg der Spione", auch immer wieder auftauchende Irritationen um historische Daten oder sich über Jahre hinschleppende Reibereien belasten das Miteinander von Warschau und Moskau. Erinnert sei nur an die unnachgiebige Haltung der russischen Seite bei der Regelung der Schifffahrt aus dem Frischen Haff und in das Frische Haff, das Problem der Rückgabe von Kulturgütern oder den Streit um Fischereirechte im Ochotskischen Meer. Dazu kommen Unstimmigkeiten aufgrund unterschiedlicher Ziele gegenüber der zwischen beiden Staaten situierten Region und Rußlands Mißfallen an Polens Kurs auf die und in der NATO. Unmut erregt in Moskau die Solidarisierung von Teilen der polnischen Öffentlichkeit mit der tschetschenischen Seite bei Rußlands Kaukasusintervention, in Warschau wiederum wird angeprangert, daß der russische Staat angeblich eine große Zahl von Immobilien in polnischen Städten unrechtmäßig besitzt.

Wenn die polnisch-russischen Beziehungen im Frühjahr 2000 einen neuen Tiefpunkt erreichten, so heißt dies aber auch, daß sie sich zuvor auf einem höheren Niveau befanden. Die Frage, die sich daher aufdrängt, lautet: Wo liegt zwischen diesen beiden Ebenen "Normalnull"? Zeugt die Holprigkeit der polnisch-russischen Kontakte davon, daß sich alte polnisch-russische Antipathien auch weiterhin reproduzieren werden, oder bieten sich Ansatzpunkte für eine Stabilisierung und dauerhafte Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern?

---

<sup>13</sup> Polonez Kvas'nievskogo, Izvestija, 22.1.2000.

Die Antworten hierzu müssen hinsichtlich der facettenreichen Beziehungen Polens zu seinem wichtigen Partner im Osten differenziert betrachtet werden. Sicherheitspolitische Fragen stellen sich in anderem Licht dar als Wirtschaftskontakte, regionale Probleme unterscheiden sich von europapolitischen Kontexten, und die gesellschaftliche Wahrnehmung übt einen spezifischen Einfluß auf die Gestalt der Beziehungen aus.

### **Polens Rußlandpolitik als Teil der polnischen Ostpolitik**

Polens Politik gegenüber Rußland war immer eingebunden in die Handlungsmaximen einer vielschichtigen *Ostpolitik*. Spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts dominierten in der Debatte über Polens Beziehungen zu den Nationen in seinem Osten zwei Ansätze: der einer engen Zusammenarbeit mit der Ukraine, Weißrußland und Litauen (sog. *promethische Richtung*) und der einer Anlehnung an Rußland bei Hintansetzung des Verhältnisses zu den Nationen zwischen Polen und Rußland (sog. *realistische Konzeption*).<sup>14</sup> Im Vorfeld der Entstehung der Zweiten Republik hatte der Streit zwischen Józef Piłsudski und Roman Dmowski gezeigt, daß deren dergestalt konkurrierende ostpolitische Visionen, also die Idee einer multiethnischen und multinationalen Konföderation unter polnischer bzw. polnisch-ukrainischer Führung mit Stoßrichtung gegen Moskau sowie die Konzeption einer Hinwendung zu Rußland, um so den germanischen Nachbarn im Westen in Schach zu halten, sogar einen elementaren Bestandteil des Staatsverständnisses ausmachten.

Als sich 1989 bzw. 1990/91 eine neue Unübersichtlichkeit in Polens Osten auftat, war Warschau wieder mit der Notwendigkeit des diffizilen Abgleichs oft konkurrierender Partialrationalitäten einer multiplen bzw. multipolaren Ostpolitik konfrontiert, wieder stellte sich die Frage nach den Prioritäten im Osten. Ein erster Reflex auf die Desintegrationstendenzen auf dem Gebiet der Sowjetunion war Polens Kurs der Etablierung direkter Kontakte zu den neuen Zentren (*polityka dwutorowa*), womit eine Grundlage für die rasche Aufnahme regulärer Beziehungen zu den kurz darauf entstehenden neuen Staaten geschaffen wurde. Während sich für das Verhältnis Polens zum "Westen" bald das klar umrissene Paradigma der *Integration* als handlungsleitend herauskristallisierte, ging es im Osten darum, spezifische Formen der *Kooperation* zu entwickeln. Durch Neu- bzw. Wiederaufstehung staatlicher Entitäten an der polnischen Ostgrenze bot sich aus polnischer Sicht die Möglichkeit, auf der Basis freundschaftlicher Beziehungen eine Gruppe von Staaten zu schaffen, die sich zwischen Polen und dem mit einem großen Fragezeichen versehenen neuen Rußland befindet. Damit erlangte die Konzeption Piłsudskis – in einem ganz anderen geopolitischen Umfeld – gegen Ende des 20. Jahrhunderts abermals Aktualität.

---

<sup>14</sup> Marek Janusz Calka: *Nová geopolitická situace Polska po pádu komunismu a rozpadu Sovětského svazu (Polská východní politika – výběr strategie a perspektivy)*, in: Vladimír Leška u.a.: *Rusko, Polsko, střední Evropa: dědictví minulosti a současnost*, Praha 1998, S. 45-54, hier: S. 46.

Insbesondere mit Blick auf die von allen politischen Optionen in Polen akzentuierte Zusammenarbeit mit einer souveränen Ukraine wird die Relevanz dieser Denkweise sichtbar.<sup>15</sup> Die Beziehungen zur Ukraine werden von der offiziellen polnischen Außenpolitik als "strategische Partnerschaft" verstanden, die Unabhängigkeit der Ukraine wird als "eines der fundamentalen Elemente einer günstigen Ordnung in unserer Region" angesehen.<sup>16</sup> Die Bedeutung einer unabhängigen Ukraine hat nach dem Einschwenken Weißrußlands in den Moskauer Orbit nochmals zugenommen.

Die wichtigsten Ziele der strategischen Partnerschaft Polens mit der Ukraine sind laut Jerzy Marek Nowakowski, dem außenpolitischen Chefberater von Premierminister Buzek, die folgenden:

- dauerhafte Verankerung einer "realen Unabhängigkeit" der Ukraine, die u.a. klar definierte Außengrenzen und wirtschaftliche Manövrierfähigkeit voraussetzt;
- Beitritt der Ukraine zum "westlichen Zivilisationssystem", zum "System der Werte, die im Westen anerkannt werden";
- Beitritt der Ukraine zu den "politischen und militärischen Strukturen des Westens" in – wenn möglich – realistischer zeitlicher Perspektive;
- Entwicklung der Marktwirtschaft in der Ukraine;
- "Deimperialisierung der russischen Politik", mit dem Wunsch, in Rußland einen Partner zu haben und der Realisierung einer "mythischen Vision eines neosowjetischen Imperialismus oder Staatenblocks" entgegenzutreten;
- Entfaltung des freien Verkehrs von Menschen, Ideen und Informationen in Ostmitteleuropa;
- Entwicklung "unseres Teils des Kontinents" zu einer starken Region innerhalb *eines* Europa;
- Zusammenarbeit bei der Entfaltung der nationalen Minderheiten sowie
- gemeinsames Streben nach veränderten Entwicklungslinien der Weltpolitik.<sup>17</sup>

Selbstverständlich handelt es sich dabei um einen Katalog langfristiger Maximalziele. Rußlands Bemühen, seine Position auf dem Territorium der Exsowjetunion bzw. der GUS zu festigen respektive auszubauen, ruft aber auf jeden Fall ein Spannungsverhältnis mit Polens Ambitionen gegenüber der Ukraine hervor. Polens Eintreten für ein enges Verhältnis zwischen der EU und der Ukraine, für einen eventuellen künftigen EU-Beitritt der Ukraine

---

<sup>15</sup> Der damalige Außenminister Bronisław Geremek erklärte: "In der polnischen Politik ist die Meinung Piłsudskis aktuell, daß es ohne eine unabhängige Ukraine kein unabhängiges Polen gibt." *Polityka na miarę realnej siły Polski*, Interview mit Außenminister Bronisław Geremek, Rzeczpospolita, 16.2.1999.

<sup>16</sup> Informacja rządu o kierunkach polskiej polityki zagranicznej przedstawiona przez ministra spraw zagranicznych RP Bronisława Geremka podczas posiedzenia Sejmu, 9. maja 2000 r., <http://www.kprm.gov.pl/aktual/0511msz.htm>

<sup>17</sup> Polska–Ukraina: strategiczne partnerstwo, Spotkanie dyskusyjne z cyklu Forum Polska 2000 z dnia 25 lutego 2000, <http://www.pai.pl/CP/deb4.html>.

oder gar eine engere sicherheitspolitische Verflechtung der Ukraine mit westlichen Strukturen muß entsprechende Gegenreaktionen in der russischen Politik gegenüber dem Polen vorgelagerten nahen Ausland und vor allem dem wichtigen Baustein Ukraine stärken. Daher zeichnen polnische Beobachter ein skeptisches Bild vom polnisch-ukrainisch-russischen Interessenbündel:

Rußland trachtete unverändert danach, Streit zwischen beiden Nationen (Polen und der Ukraine; K.-O. L.) zu säen. Die Herrschaft über die Ukraine gab Rußland gen Süden die Kontrolle über die ganze Region des Schwarzen Meeres, gen Südwesten einen Zugang zum Balkan, gen Westen nach Polen, Ungarn und der Slowakei. Der Besitz der Ukraine ist eine unerläßliche Ergänzung der russischen imperialen Idee. ... Für Polen würde eine eventuelle Unterordnung der Ukraine unter Rußland nicht nur die Rückkehr Rußlands an unsere Ostgrenzen praktisch in ganzer Länge bedeuten, sondern auch die Perspektive eines Bürgerkriegs in unmittelbarer Nähe Polens sowie die völlige Wiederbestätigung der Teilungsambitionen Rußlands oder den Zusammenbruch der gesamten gesellschaftlichen Ordnung östlich unserer Grenzen.<sup>18</sup>

In Anbetracht der polnisch-russischen Interessenkollision hinsichtlich der Ukraine geben sich für Polen grundsätzlich drei Handlungsoptionen:

- Die erste Option besteht in der Akzentuierung und im Ausbau der strategischen Partnerschaft mit der Ukraine und der stetigen Realisierung deren konkreter Ausprägungen. Diese verbal vom *mainstream* der polnischen außenpolitischen Handlungsträger verfolgte Linie kann dazu führen, daß Polen immer deutlicher für die Ukraine und gegen Rußland votieren muß. Auch wenn ein solcher Kurs des Sicheinlassens auf die Ukraine nicht unbedingt zu solch grotesken Projekten wie einer polnisch-ukrainischen Föderation führen muß,<sup>19</sup> setzt sich Warschau mit einer eindimensionalen proukrainischen Politik dem Risiko aus, sich selbst zu isolieren. In einer im Sommer 2000 an den Tag gekommenen Ausarbeitung über die Zukunft der EU, die auf deutsche und französische Initiative angefertigt worden war, kamen die Autoren zu dem Schluß, daß die Unionsmitgliedschaft der Ukraine auch längerfristig nicht in Betracht gezogen werden sollte. Auf polnischer Seite wurde darin der Versuch erblickt, "die Ukraine in die Arme Rußlands zu werfen". Da man fürchtet, die ukrainischen bzw. polnisch-ukrainischen Belange könnten gegenüber den gleichgelagerten Interessen Deutschlands und Frankreichs einerseits und Rußlands andererseits ins Abseits geraten, wird die schon etwas verzweifelt klingende Forderung erhoben, Polen müsse schnell der EU beitreten, da man nur so die proeuropäischen Anstrengungen der Ukraine effizient unterstützen könne.<sup>20</sup> Wie das wahre Kräfteverhältnis zwischen polnisch-ukrainischen Belangen und europäisch-russischen Interessen aussieht, dokumentiert eindrücklich die Diskussion um den Bau neuer Erdgasleitungen von Rußland nach Westeuropa: Gegenüber der europäisch-russischen "Energiepartnerschaft" ist die polnisch-ukrainische strategische Partnerschaft geradezu bedeutungslos.
- Eine weniger ausgeprägte, aber in abgeschwächter Form phasenweise präsen- te Option besteht darin, die Beziehungen zur Ukraine als Funktion des polnisch-russischen Verhältnisses aufzufassen. Diese Alternative war während des ganzen abgelaufenen

---

<sup>18</sup> Antoni Kamiński, Jerzy Kozakiewicz: *Stosunki Polsko-Ukraińskie*. Raport, Warszawa 1997, S. 54f.

<sup>19</sup> Eine Forderung, die nicht nur von politisch randständigen Neo-Piłsudskisten erhoben wird, sondern auch von nüchternen Polittechnokraten. Vgl. Chory zdrowy rozsądek, *Rzeczpospolita*, 20.7.2000.

<sup>20</sup> Podarunek dla Rosji, *Życie*, 19.7.2000.



Jahrzehnts schwach ausgeprägt. Man kann aber die Auffassung vertreten, daß es in der außenpolitischen Gemeinschaft in Polen eine Strömung latenter "*Russia firsters*" gibt, die ihre Vorstellungen namentlich während der Regierungszeit der Premierminister Józef Oleksy und Waldemar Pawlak umsetzen konnten.<sup>21</sup>

- *De facto* realisierte Polen in der vergangenen Dekade eine Ostpolitik, die Elemente beider divergierender Priorisierungen enthielt bzw. zwischen diesen schwankte. Die "goldene Regel" dieser Linie lautet: "Sich um bestmögliche Beziehungen zu Moskau bemühen, nur nicht auf Kosten der lebenswichtigen Interessen der Ukraine, Litauens und Weißrußlands."<sup>22</sup> Marian Calka skizziert in einer Sequenz von vier Etappen der polnischen Ostpolitik die diesbezüglichen Wandlungen und Mehrdeutigkeiten, die von einer Phase der Kontaktaufnahme und "Zweigleisigkeit" (1989-1992) über einen ambivalenten Zickzackkurs (1992/93) und eine Stufe der Umbewertung (1994/95) bis zum Abschnitt einer "deklarativen Ostpolitik" bei definitiver Festlegung auf die Westbindung des Landes (1996/97) reichen.<sup>23</sup> Man könnte dem eine Phase der ostpolitischen Neubestimmung hinzufügen, in der sich die taktischen und strategischen Wahlen Polens vor dem Hintergrund seiner Mitgliedschaft in der NATO und seiner Integrationsambitionen mit der EU einerseits und der strukturellen Differenzierung seiner östlichen Flanke (Reintegrationstendenzen mit Rußland in Weißrußland, verbesserte EU-Chancen Litauens, selbstbewußte, aber wackelige Position der Ukraine) andererseits, vollziehen.

### **Sicherheitspolitik: Polnisch-russische Beziehungen – im Schatten der NATO?**

Das zu Beginn der 90er Jahre rasant und grundlegend gewandelte sicherheitspolitische Umfeld Polens hatte zur Folge, daß eine breite Diskussion über die künftige sicherheits- und verteidigungspolitische Positionierung des Landes einsetzte. In deren Verlauf wurden recht unterschiedliche Optionen thematisiert, die von der Neutralität Polens über die Einbindung in ein europäisches System der kollektiven Sicherheit oder die Schaffung einer gegen Deutschland und Rußland gerichteten Allianz der Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer (Neuaufgabe der *Międzymorze*-Idee Piłsudskis, die ihren Niederschlag auch im von Präsident Wałęsa unterbreiteten Vorschlag einer EWG-bis und einer NATO-bis fand) reichte.<sup>24</sup> Schon schnell kristallisierte sich indes heraus, daß für Polen wie auch für andere exkommunistische Länder die Vollmitgliedschaft in der NATO zur attraktivsten sicherheitspolitischen Option wurde.

Gegen die Pläne einer Osterweiterung der NATO regte sich in Rußland früh Widerstand. Ein Beamter des polnischen Außenministeriums stellte mit Blick auf das Jahr 1993 beunruhigt fest: "Warnende Töne, die ein russisches *non licet* ankündigen, zeigten sich in dem Maße, wie sich die Perspektiven einer grundlegenden Annäherung zwischen den Ländern Mitteleuropas

---

<sup>21</sup> Kamiński, Kozakiewicz, a.a.O., S. 56.

<sup>22</sup> Jerzy Pomianowski: Nic o nas bez nich, Plus-Minus, Rzeczpospolita, 8.8.1998.

<sup>23</sup> Calka: a.a.O., hier: S. 47ff.

<sup>24</sup> Vgl. zu diesen Konzepten: Tomasz Otłowski: Polska w procesie integracji z NATO i Unią Zachodnioeuropejską 1991-1998. Toruń 1998, S. 113ff.

und der NATO abzeichneten."<sup>25</sup> Zwar wurden Äußerungen des russischen Präsidenten bei dessen Warschau-Besuch im August 1993 dahingehend interpretiert, daß Rußland sein Nein zu einer polnischen NATO-Mitgliedschaft aufgegeben habe, doch das umgehend einsetzende massive Sperrfeuer aus Moskau (wie auch von El'cin selbst) machten klar, daß die Warschauer Erklärung weder formativen noch symbolischen Wert besaß.

Für eine kurze Zeit schien der NATO-Problematik dann aber doch ihre Schärfe genommen. Die polnischen Parlamentswahlen vom September 1993 brachten Kräfte an die Regierung, die für eine rußlandfreundlichere Linie und für eine *prima facie* ambivalente Haltung zur NATO standen. Rußlands Botschafter in Warschau, Jurij Kašlev, nannte Polen plötzlich "einen strategischen Partner Rußlands" und verband große Hoffnungen damit, daß das neue Kabinett Pawlak "Rußland besser kenne" als die bisherigen Regierungen.<sup>26</sup> Die stärkste Regierungspartei, die exkommunistische Demokratische Linksallianz (SLD), hatte sich erst kurz vor den Wahlen halbherzig für einen Kurs auf die NATO entschieden. Aus den Reihen der SLD kam auch der Vorschlag, eine trianguläre Kooperation Deutschland–Polen–Rußland (sog. *Warschauer Dreieck*) aufzubauen.<sup>27</sup> Der Juniorpartner der SLD, die Bauernpartei PSL, machte sich für eine Wiederbelebung der Wirtschaftskontakte mit Rußland stark, die weit über das von Außenminister Olechowski vorgeschlagene Maß (s.u.) hinausging. Die von der PSL avisierten und teils realisierten Vorhaben zielten auf eine Erhöhung des gegenseitigen Handels durch eine Steigerung von Agrarexporten, die durch zusätzliche Öl- und Gaseinfuhren aus Rußland bezahlt werden sollten. Einflußreiche Lobbys aus dem Energiesektor und der Rüstungsindustrie unterstützten diese Ideen. Der eine strategische Anbindung an Rußland fürchtende Außenminister Olechowski warnte indes davor, man würde für eventuelle wirtschaftliche Konzessionen Moskaus eine schnelle NATO-Mitgliedschaft opfern.<sup>28</sup> Die immer offensichtlicheren Meinungsunterschiede zwischen Premier und Außenminister (der damals noch vom Staatspräsidenten ernannt wurde) hatte die Herausbildung "zweier Rußlandpolitiken" zur Folge.<sup>29</sup> Erst das neue Tandem aus Premier Oleksy und Außenminister Bartoszewski ließ die mangelnde Synchronisation in der Rußlandpolitik schwinden.

Vor allem legte man sich in Polen von nun an immer eindeutiger auf eine NATO-Mitgliedschaft fest. Nur aus dieser resultierten in Warschauer Sichtweise "harte Sicherheitsgarantien". Polen ging es dabei keineswegs um eine Ausgrenzung Rußlands. Im Gegenteil. Frühzeitig unterstützte die polnische Außenpolitik die Bemühungen westlicher Staaten, Rußland in eine künftige europäische Sicherheitsordnung einzubeziehen. Dabei wurden auch die von Rußland

---

<sup>25</sup> Jarosław Bratkiewicz: Stosunki z Rosją, Ukrainą i Białorusią, in: Barbara Wizimirska (Hrsg.): Rocznik polskiej polityki zagranicznej 1993-1994, Warszawa 1994, S. 127-134, hier: S. 128.

<sup>26</sup> Vgl.: Sarah Meiklejohn Terry: Poland's foreign policy since 1989: the challenges of independence, in: Communist and Post-Communist Studies, Nr. 33, (2000), S. 7-47, hier: S. 25ff.

<sup>27</sup> Longin Pastusiak: Rozważania o polskiej polityce zagranicznej, in: Edward Halizak (Hrsg.): Bezpieczeństwo narodowe Polski. Geopolityczne i geoeconomiczne uwarunkowania, Toruń 1995, S. 47-61, hier: S. 49ff.

<sup>28</sup> Drodzy goście, Wprost, Nr. 48, 1.12.1996.

<sup>29</sup> Marek Janusz Całka: Stosunki z Rosją, in: Barbara Wizimirska (Hrsg.): Rocznik polskiej polityki zagranicznej 1995, Warszawa 1995, S. 94-104, S. 99.

immer wieder akzentuierten Forderungen nach einer größeren Rolle der *OSZE* bei der Schaffung eines Systems der kooperativen Sicherheit in Europa gebilligt. Freilich weniger aus Liebe zu dieser Organisation als um damit Erweiterungsgegnern im Westen und in Rußland den Wind aus den Segeln zu nehmen. Letztlich soll die *OSZE* für Polen nicht mehr als eine "ergänzende gesamteuropäische Struktur" sein, die zur Stabilisierung der internationalen Situation beiträgt und Möglichkeiten einer positiven Beeinflussung der Lage in der östlichen Nachbarschaft Polens bzw. der ganzen GUS und auf dem Balkan liefert. Die *OSZE* sollte aber auf keinen Fall in eine übergeordnete Position gegenüber den westlichen Sicherheitsstrukturen gebracht werden.<sup>30</sup>

Wie bekannt ist, schlugen Rußlands Versuche fehl, die Osterweiterung des Nordatlantikpaktes zu blockieren und Polens NATO-Bestrebungen zu torpedieren. Nachdem der NATO-Gipfel von Madrid im Juli 1997 neben der Tschechischen Republik und Ungarn auch Polen in das Bündnis eingeladen hatte, wurde Polen zusammen mit den beiden anderen ostmitteleuropäischen Ländern im April 1999 NATO-Vollmitglied. Durch die definitive Verzahnung Polens mit dem Nordatlantikpakt war somit einer der prinzipiellen Vektoren Moskaus unreal geworden, eines der strategischen Ziele Warschaus erreicht worden – kein gutes Zeichen für ein harmonisches Miteinander. Doch hat die polnische NATO-Mitgliedschaft für sich allein genommen keineswegs zu einer Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen geführt, wie dies ja von Moskau immer angekündigt worden war. Dies erklärt sich aus mehreren Faktoren. Zunächst sollte nicht vergessen werden, daß die NATO-Osterweiterung zwar gegen den Wunsch, nicht aber ohne Einverständnis Rußlands realisiert wurde: Moskau erhielt neben dem PfP-Rahmen in Gestalt der NATO-Rußland-Charta einen spezifischen Konsultationsmechanismus. Überdies wurden wichtige Anliegen Moskaus bei der Ausformung der Erweiterung berücksichtigt (Verzicht auf Truppenstationierung und Dislozierung von Kernwaffen auf dem Territorium der neuen Mitgliedstaaten). Was den Blickwinkel von der Weichsel aus anbelangt, so trägt die "institutionelle Verkopplung mit dem Westen" in der Tat zur "psychologischen Beruhigung der Eliten" bei und "befriedigt die allgemeinen gesellschaftlichen Erwartungen in Sicherheitsfragen".<sup>31</sup> Der damalige polnische Außenminister Dariusz Rosati war sogar der Auffassung, daß Polens Aufnahme in die NATO "die polnisch-russischen Beziehungen verbessert, weil sie unsere Befürchtungen um die Sicherheit [unseres Landes] zerstreuen werden".<sup>32</sup> Anders ausgedrückt: Im Schoß der NATO kann man von Polen aus weniger nervös als bisher gen Osten blicken. Daß es in Warschau nach wie vor Aufgeregtheiten gibt, hängt auch damit zusammen, daß sich die politisch-psychologischen Effekte nicht von heute auf morgen einstellen.

---

<sup>30</sup> Ryszard Zięba: Polska w Organizacji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie, in: Stanisław Parzymies/Irena Popiuk-Rysińska (Hrsg.): Polska w organizacjach międzynarodowych. Warszawa 1998, S. 63-73.

<sup>31</sup> Stanisław Bieleń: Oczekiwania Polski wobec Rosji, in: Stanisław Bieleń (Hrsg.): Polska–Rosja. Czas przewar-tościowań, Warszawa 1995, S. 31-51, hier: S. 48.

<sup>32</sup> Polska w NATO to lepsze stosunki z Rosją, Rzeczpospolita, 8.11.1996.

Tatsache bleibt auf jeden Fall, daß zentrale sicherheitspolitischen Reizthemen im polnisch-russischen Verhältnis "Dauerbrenner" sind, die auch ohne die Aufnahme Polens in die NATO relevant wären.

### ***Dauerbrenner 1: Kaliningrad***

Die Präsenz bedeutender russischer Truppenkontingente und einer substantiellen militärischen *hardware* in der Enklave Kaliningrad wird in Polen mit Sorge beobachtet. Selbst in seiner offiziellen Information über die Grundrichtungen der Verteidigungspolitik konnte der polnische Verteidigungsminister nicht umhin, das Problem Kaliningrad nicht namentlich, aber dennoch eindeutig anzusprechen: "In der Nähe unserer Staatsgrenzen sind weiterhin beachtliche Streitkräfte gruppiert, die bei einem ungünstigen Gang der Ereignisse eine potentielle Bedrohung für die Sicherheit Polens darstellen können."<sup>33</sup> Man wird sicherlich über die Schlagkraft der russischen Verbände diskutieren können, doch Polens Nervosität im Zusammenhang mit der hohen Konzentration russischen Militärpotentials im Nordosten ist nicht vollständig aus der Luft gegriffen. Die im Sommer 2000 auf weißrussischem Territorium abgehaltenen Manöver russischer und weißrussischer Verbände mit Stoßrichtung Kaliningrad, die erst unmittelbar vor der litauischen Grenze zum Stehen kamen, haben die polnische Aufmerksamkeit für die militärische Situation in Kaliningrad mit Sicherheit nicht gesenkt.

Brisanz erhält die Kaliningrad-Thematik nicht zuletzt durch die von Rußland seit 1993 vorgebrachte und von Polen wiederholt verworfene Forderung nach der Erstellung einer über polnisches Territorium verlaufenden direkten Transit- und Transportverbindung zwischen Kaliningrad und Weißrußland. Diese von Rußland unklugerweise als "Korridor" bezeichnete Magistrale (sog. *korytarz suwalski*) würde eine faktisch exterritoriale Autobahn, eine Gaspipeline und Stromleitungen umfassen. Hinter dem polnischerseits vorgebrachten Argument, das Vorhaben rechne sich nicht, verbergen sich aber auch Ängste, man würde Kaliningrad eine privilegierte Position zukommen lassen und so die Rolle der in einer sensiblen Randregion der NATO gelegenen Enklave in den geostrategischen Plänen Moskaus aufwerten.<sup>34</sup> In Anbetracht der Tatsache, daß auf der Linie Minsk, Vilnius, Kaunas, Černiachovsk bereits eine Kommunikationstrasse existiert, wird befürchtet, ein "Korridor" über polnisches Gebiet würde Litauen erpreßbar machen.<sup>35</sup>

Da Rußland keine Anstalten macht, die in Kaliningrad stationierten Truppen substantiell zu reduzieren, wird man sich in Polen mit der Präsenz quantitativ beachtlicher russischer Verbände im Nordosten abfinden müssen. Polens Herangehensweise an das Sicherheitsproblem Kaliningrad muß daher die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in den Vordergrund stellen, um somit wenigstens der Entstehung akuter

---

<sup>33</sup> Redebeitrag des Verteidigungsministers Janusz Onyszkiewicz im Rahmen der Informierung des Parlaments über die Grundorientierungen der Verteidigungspolitik der Republik Polen am 15.12.1999, <http://www.sejm.gov.pl>.

<sup>34</sup> Droga od niepodległości, Gazeta Wyborcza, 5.4.1996, Korytarze niezgody, Rzeczpospolita, 26.1.1999.

<sup>35</sup> Jerzy Pomianowski: Nic o nas bez nich, Plus-Minus, Rzeczpospolita, 8.8.1998.

sozialökonomischer Imbalancen entgegenzuwirken. Die in diese Richtung zielenden Initiativen zeigen, daß die noch Anfang der 90er Jahre von einem polnischen Beobachter konstatierte Ungeduld polnischer Politiker und ihre Neigung zur Verschlechterung der Atmosphäre etwa durch die unrealistische Forderung nach einer Demilitarisierung Kaliningrads mittlerweile einem sachlicheren Vorgehen gewichen ist.

***Dauerbrenner 2: Ausgestaltung der Pufferzone – "cordon démocratique" vs. "nahes Ausland"***

Eine manifeste Interessendivergenz läßt sich bezüglich der polnischen und russischen Sichtweisen der zwischen beiden Ländern situierten Staaten konstatieren. Polen möchte um jeden Preis die Unabhängigkeit seiner in ihrer Staatlichkeit noch wenig gefestigten östlichen Nachbarn sichern. Stabilitätstransfer von West nach Ost ist daher auch im Verhältnis Polens zu den Anrainerstaaten im Osten eine Leitmaxime der polnischen Außenpolitik. Letztendliches Ziel ist es, so der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Czesław Bielecki, einen "cordon démocratique" zu schaffen, einen "Kontext von Staaten", "die der Russischen Föderation freundlich gesinnt sind", die aber auch "stark und solidarisch" sind und ein "Gleichgewichtssystem" (*układ równowagi*) aufbauen, "das es dem russischen Imperialismus nicht erlaubt, sich in einer Form wiederzubilden, in der Rußland sein nahes Ausland, das sich, wie man weiß, für Rußland über die Ukraine, Weißrußland und die baltischen Staaten erstreckt, ökonomisch, politisch oder militärisch angreifen könnte".<sup>36</sup>

Rußland trachtet demgegenüber danach, seinen Einfluß in der Zone zwischen Ostmitteleuropa und Rußlands Westen zu restaurieren oder zumindest zu stärken. Durch die Intensivierung der Beziehung mit Weißrußland hat Moskau einen Etappensieg errungen und Polens Pläne zur Etablierung eines "Gleichgewichtssystems" vereitelt. Schon 1997 mußte man sich in Polen eingestehen, daß Rußland mit dem "Fall" Weißrußlands die "imaginäre Gefahr eines *cordon sanitaire* von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer abgewandt" hat.<sup>37</sup> Da sich damit die Bedeutung der strategischen Partnerschaft Polens mit der Ukraine noch klarer in den Vordergrund schob, kam es zu einer weiteren Priorisierung der ukrainischen Souveränität in Polens sicherheitspolitischem Denkgebäude. Besonders sensibilisierte Beobachter in Polen wollen schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine zunehmende russische Obstruktionstätigkeit in der Ukraine entdeckt haben. Rußlands Geheimdienste, so die Vermutung, suchten nach Möglichkeiten, Streit zwischen Polen und der Ukraine zu säen und damit Kiew von einem prowestlichen Kurs abzubringen.<sup>38</sup> Ähnliche Befürchtungen wurden auch nach dem Aufstieg Vladimir Putins geäußert. Da sich Polen bei seinen Bemühungen, auf das Geschehen im "Zwischenbereich" Einfluß zu nehmen, die Rolle einer "Regionalmacht"

---

<sup>36</sup> Rola Polski jako członka NATO i warunki zapewnienia bezpieczeństwa i stabilizacji regionalnej, Spotkanie dyskusyjne z cyklu Forum Polska 2000 z dnia 2 grudnia 1999, <http://www.pai.pl/CP/deb1.html>.

<sup>37</sup> Przemysław Grudziński: Report: Poland-Russia, Discord and Cooperation, Warszawa 1997, S. 62.

<sup>38</sup> Ktoś wbija klin między nas, *Życie*, 6.10.1998, Kamiński, Kozakiewicz, a.a.O., S. 55.

zuschreibt,<sup>39</sup> finden russische Ressentiments gegen polnische Aktivitäten mit Blickrichtung Kiew, Minsk oder Vilnius zusätzliche Nahrung.

Freilich sind beide Fragen in einen neuen geostrategischen und sicherheitspolitischen Kontext gestellt. Polen kann sich nun aktiver und mit größerem Nachdruck an der Debatte um die Ausgestaltung der Sicherheitsarchitektur Europas und vornehmlich um den künftigen Charakter der NATO einschalten. Dabei stehen für Polen zwei Probleme im Vordergrund. Erstens muß das Nordatlantikbündnis weiterhin ein Verteidigungspakt bleiben. Das heißt, daß die Transformation des Bündnisses in Richtung eines Systems der kollektiven Sicherheit und somit auch eine eventuelle Aufnahme Rußlands in die NATO strikt abgelehnt wird.<sup>40</sup> Zweitens drängt Polen auf eine zügige zweite Osterweiterung der NATO. Alle maßgeblichen politischen Kräfte sowie Polens offizielle Außenpolitik lassen keinen Zweifel an der Priorität der Aufnahme weiterer Mitglieder in die NATO.<sup>41</sup> Exemplarisch sei der Standpunkt des polnischen Außenministeriums angeführt.

Unsere Haltung in der Frage der Erweiterung der NATO bleibt unverändert: Polen unterstützt die Beibehaltung der Dynamik des Erweiterungsprozesses des Bündnisses als eines Elements, das einen wichtigen Beitrag zur Ausweitung der Zone der Sicherheit und Stabilität in Europa leistet. [...]

Die Haltung Rußlands in der Frage der Erweiterung der NATO ist von Beginn an unverändert geblieben: Die Russische Föderation bemüht sich, eine weitere Ausdehnung der NATO zu verhindern, da sie diese als neuerliche Schwächung des Prestiges Rußlands und als Zeichen einer Nichtberücksichtigung der Interessen Rußlands betrachtet. Insbesondere widersetzt sie sich einer Erweiterung des Bündnisses um irgendeinen der Staat, der in der Vergangenheit zur UdSSR gehörte (sog. Konzeption der "roten Linie"). [...]

Der bisherige Standpunkt der Allianz in dieser Frage wird von Polen uneingeschränkt und entschieden unterstützt: Rußland hat kein Stimmrecht hinsichtlich einer weiteren NATO-Erweiterung. Die Entscheidung, sich um eine Aufnahme zu bemühen, ist die souveräne Entscheidung eines Staats ähnlich wie die Entscheidung des Bündnisses, Gespräche aufzunehmen bzw. einen bestimmten Staat aufzunehmen. Die NATO sollte natürlich einen Dialog mit Rußland führen, man darf jedoch keine Situation zulassen, in der die Werte, welche die Existenzgrundlage der NATO bilden, negiert werden, in der Entscheidungen im Namen souveräner Staaten durch die NATO einerseits und Rußland andererseits getroffen werden. Dies wäre Ausdruck eines Denkens in den Kategorien des Kalten Kriegs.<sup>42</sup>

Polens aktives Engagement für eine NATO-Mitgliedschaft insbesondere der direkten Nachbarländer Litauen und Slowakei, aber auch der anderen im Washingtoner Protokoll aufgeführten NATO-Aspiranten, ruft erwartungsgemäß das Murren Moskaus hervor. Da Rußland nicht an einer konfrontativen Politik gegenüber den zentralen Ländern der NATO

---

<sup>39</sup> Polityka na miarę realnej siły Polski, Interview mit Außenminister Bronisław Geremek, Rzeczpospolita, 16.2.1999.

<sup>40</sup> Krajobraz po poszerzeniu, Rzeczpospolita, 19.5.1998.

<sup>41</sup> Vgl. den umfassenden und die Positionen politischer Parteien, des Außen- und Verteidigungsministeriums sowie des Staatspräsidenten beinhaltenden Bericht der Euro-Atlantischen Gesellschaft Polens: Stowarzyszenie Euro-Atlantyckie: Rozszerzanie NATO, Warszawa 2000.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 85.

gelegen sei, so ein polnischer Rußlandexperte, reagiere sich Moskau an Polen ab, das als "Repräsentant einer expansiven Politik des Nordatlantikbündnisses" gelte und daher bei jeder Gelegenheit attackiert werde. "Wir sind für Moskau zum 'Prügelknaben' geworden. Der Böse in der NATO schlechthin."<sup>43</sup> So kritisierte Rußlands Vertreter im NATO-Rußland-Rat, Polen nutze die militärische Infrastruktur, die die Soldaten der Sowjetunion in Polen hinterließen.<sup>44</sup> Besonders nachdenklich wurde man an der Weichsel, als die russische Luftwaffe während des Kosovokonflikts die Bombardierung polnischer Flughäfen übte.

Die zuweilen ruppige Gangart Rußlands gegenüber Polen stellt aber allem Anschein nach kein unüberwindbares Hindernis für eine vorsichtige Fortführung eines Dialogs oder sogar einer Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet dar. Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit beim polnischen Staatspräsidenten weilte Ende 1999 zu Gesprächen mit Vertretern des russischen Sicherheitsrats in Moskau, bei denen man sich über Fragen wie Rußlands neue Verteidigungsdoktrin, Bioterrorismus oder die zivile Kontrolle der Armee unterhielt.<sup>45</sup> Auch die militärisch-technische Kooperation soll verbessert werden. So wird vom polnischen Verteidigungsministerium eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen den russischen Einheiten in Kaliningrad bzw. der russischen Ostseeflotte einerseits und dem Pommerschen Militärbezirk bzw. der polnischen Marine andererseits avisiert. Ende August 2000 führten der Chef der polnischen Marine und der Oberbefehlshaber der russischen Ostseeflotte Gespräche über Übungen von Unterseebooten und die Kooperation im Bereich der Hochseeretung. Erwogen wird, daß russische Kriegsschiffe auf polnischen Werften überholt werden, wofür Rußland Ersatzteile für sowjetisches Kriegsgerät liefern könnte. Die Idee einer Revitalisierung der Zusammenarbeit im militärischen Ausbildungswesen hat schon gefruchtet – erstmals seit 1990 können zwei polnische Offiziere wieder in Moskau studieren.<sup>46</sup> Es bleibt aber abzuwarten, wie die zarten Pflänzchen der militärischen Kooperation bei politischen Gewitterstürmen gedeihen werden.

### **Polens EU-Beitritt und mögliche Folgen für die polnisch-russischen Beziehungen**

Polnische Politiker wiederholen es immer wieder: Ziel der polnischen Außenpolitik ist es, keine frischen Gräben in Europa entstehen zu lassen. Insbesondere Polens künftige *Mitgliedschaft in der EU* dürfe daher nicht die Kooperation mit den östlichen Nachbarn beeinträchtigen: "Wir möchten keine neue Barriere und Trennungslinie an der polnischen Ostgrenze schaffen", erklärte Premier Buzek im Sejm.<sup>47</sup> Präsident Kwaśniewski versicherte russischen Zeitungslesern, in Polens Osten werde "weder ein eiserner noch ein samtener

---

<sup>43</sup> Powrót państwa, Polska Zbrojna, Nr. 14, 31.3.2000, S. 32.

<sup>44</sup> Szansa na odwilż, Polska Zbrojna, Nr. 24, 9.6.2000, S. 33.

<sup>45</sup> Rozmowy o bezpieczeństwie, Rzeczpospolita, 8.12.1999.

<sup>46</sup> Vgl. Szansa na odwilż, Polska Zbrojna, Nr. 24, 9.6.2000, S. 33, Współpraca marynarek Polski i Rosji, PAP, 28.8.2000.

<sup>47</sup> Wystąpienie premiera Jerzego Buzka podczas debaty sejmowej na temat integracji europejskiej, 16.2.2000. <http://www.kprm.gov.pl/rzad/dojbl.htm>, ähnlich Präsident Kwaśniewski auf dem Forum "Polen-Osten" 1999, Pol'sha ne chočet ekonomičeskogo zanaves, Vremja MN, 9.9.1999.

Vorhang" entstehen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Rußland würden durch Polens EU-Mitgliedschaft nicht in Mitleidenschaft gezogen.<sup>48</sup> Ob solche Äußerungen die seit einiger Zeit zunehmende Skepsis Rußlands, was die EU-Osterweiterung anbelangt, ausräumen können, ist fraglich. Zum einen rechnet man in Rußland nämlich mit erheblichen wirtschaftlichen Einbußen im Handel, beim Warenaustausch im Bereich der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie, beim grenzüberschreitenden Kleinhandel und bei den Direktinvestitionen. Insgesamt veranschlagt man in Moskau die Kosten, die für Rußland aus dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten in die EU entstehen, auf jährlich etwa 10 Mrd. USD. Zum anderen sieht man in Rußland durch die Aufnahme Polens und anderer ostmitteleuropäischer Staaten in die EU in stärkerem Maße die Risiken der künftigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.<sup>49</sup>

### ***Restriktivere Einreisebestimmungen***

Brennendstes Problem im Zusammenhang mit eventuellen wirtschaftlichen Einbußen ist sowohl für Warschau als auch für Moskau die durch Polen zu bewerkstellende Übernahme des *Schengen-acquis*, also die europakonforme Ausgestaltung des Grenzregimes und des Visaverkehrs mit den Ländern in Polens Osten, d.h. an der künftigen östlichen Außengrenze der EU. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Notwendigkeit der Abschaffung des visafreien Reiseverkehrs mit Staaten wie Rußland, Weißrußland und der Ukraine. Diese würde ein substantielles Absacken des Personenverkehrs und damit eine Reduktion wirtschaftlicher, aber auch kultureller, touristischer oder schlicht menschlicher Kontakte hervorrufen. Dazu kommt die Frage der weißrussischen und ukrainischen Staatsbürger polnischer Nationalität bzw. die der Angehörigen der jeweiligen Minderheit in Polen, die allesamt mit erschwerten Kontakten zu ihren "Mutterländern" zu rechnen hätten.

Die Konsequenzen eines solchen Schritts wären insbesondere für den strukturschwachen polnischen Osten (die sog. *ściana wschodnia*) gravierend, wo der grenznahe Wirtschaftsaustausch und insbesondere der sog. *Basarhandel* oft eine zentrale Determinante der wirtschaftlichen Situation sind.<sup>50</sup> An dieser Stelle sei erwähnt, daß die 16 größten Basare in Polen (die größten befinden sich allerdings nicht an der Ostgrenze, sondern in Łódź und Warschau) Arbeitsplätze für schätzungsweise eine Viertelmillion Personen stellen. Als 1998 viele russische "Handelstouristen" ihren polnischen Reisezielen fernblieben, bekam dies beispielsweise die gesamte polnische Textilindustrie (drei Viertel der auf den Basaren erzielten Umsätze werden mit Bekleidung erzielt) zu spüren.<sup>51</sup> In jenem Jahr nämlich kamen infolge einer Novellierung des polnischen Ausländergesetzes restriktivere Regelungen für den Grenzübertritt und Aufenthalt von Ausländern zur Geltung, die u.a. Bürger der Russischen

---

<sup>48</sup> Aleksander Kwas'niewskij: *Pol'sze sużdeno byt' mostom*, *Prilozhenie Kommersant-Vlast'*, 30.11.1999.

<sup>49</sup> Vgl. Europa Środkowa – dziesięć lat później, in: Edward Halizak, Roman Kuźniar, Dariusz Popławski (Hrsg.): *Rocznik strategiczny 1999/2000*, Warszawa 2000, S. 223-249, hier: S. 245.

<sup>50</sup> In der früheren Wojewodschaft Białystok, im äußersten Nordosten des Landes, fiel im Gefolge der Rußlandkrise die Produktion innerhalb eines Monats um mehr als 7%, die Arbeitslosenquote stieg um 7,8% an. *Spada produkcja, rośnie bezrobocie*, *Rzeczpospolita*, 15.1.1999.

<sup>51</sup> Vgl. *Schylek epoki targowisk*, *Rzeczpospolita*, 14.1.1999.



Föderation und Weißrußlands betrafen: Der Personenverkehr an der Ostgrenze ging damals gegenüber dem Vorjahr um geschätzte 30% zurück.<sup>52</sup> Erst Proteste von Anwohnern, Geschäftsleuten und Lokalpolitikern aus den betroffenen Regionen in Polens Osten bewegten die Regierung in Warschau dazu, einige administrative Einreisehemmnisse zurückzunehmen.

Diese vorübergehende leichte Lockerung der Einreisebestimmungen ändert indes am grundlegenden Sachverhalt nichts: Die prinzipielle Abschaffung der Visafreiheit für russische und weißrussische, aber auch ukrainische Staatsbürger ist nur eine Frage der Zeit. Inwieweit zu jenem Zeitpunkt die Grenzen "abgeschottet" werden und sich negative wirtschaftliche Folgewirkungen bemerkbar machen, hängt vornehmlich davon ab, wie konsequent im Vorfeld Abfederungsmechanismen entwickelt werden. Diesbezügliche Ansatzpunkte sind zweifelsohne vorhanden.

### 1. Flexibilisierung

Zunächst könnte eine elastische Handhabung der Visaerteilung die künftigen Einreisehürden deutlich absenken. Zu denken wäre etwa an die erleichterte Ausgabe von Mehrfach- oder Langzeitvisa an bestimmte Personenkreise.<sup>53</sup> Gleichzeitig müßte eine kostengünstige und zügige Vergabepaxis gewährleistet sein. Daß die polnische Regierung damit rechnet, zusätzliche und modern ausgestattete diplomatische und konsularische Dienststellen im benachbarten östlichen Ausland einzurichten, zeigt, daß Warschau Schritte in diese Richtung zu unternehmen gedenkt.<sup>54</sup>

### 2. Grenzüberschreitende Regionalkooperation

Die Intensivierung grenzüberschreitender Formen der regionalen Kooperation stellt eine Möglichkeit dar, auch nach dem EU-Beitritt Polens die Kontakte zur östlichen Nachbarschaft aufrechtzuerhalten. Die in Polen seit 1999 geltende Verwaltungsreform und die mit ihr einhergehende Delegation von Kompetenzen an die Wojewodschaften kann hierbei zusätzliche Chancen eröffnen. So wurden etwa von mehreren Wojewodschaftsparlamenten Dokumente über internationale Kontakte und die Zusammenarbeit mit dem Ausland angenommen. Die an der polnischen Ostflanke in den 90er Jahren entstandenen Euroregionen *Niemen* (Polen, Weißrußland, Litauen, vier Gemeinden im Ostteil von Kaliningrad), *Bug* (Polen, Weißrußland, Ukraine) und *Karpaten* (Polen, Ukraine, Slowakei, Ungarn, Rumänien) dokumentieren, daß trotz struktureller Asymmetrien und lokaler Animositäten mit nationalistischem Hintergrund beachtliche Verbesserungen auf dem Gebiet der Kultur, der Raumordnung, des Verkehrswesens oder der Ökologie erreicht werden konnten, wenn auch

---

<sup>52</sup> Allerdings sind dafür nicht nur administrative Erschwernisse, sondern auch wirtschaftliche Folgen (russische Augstkrise) verantwortlich.

<sup>53</sup> Als heikel könnte sich hierbei der Status ethnischer Polen erweisen: Sollten etwa ukrainische Staatsbürger mit polnischer Identität gegenüber nichtpolnischen Staatsbürgern der Ukraine privilegiert werden, so würde das Kriterium der Nationalität über das des Staatsbürgertums gestellt.

<sup>54</sup> Vgl: Rada Ministrów: Raport w sprawie korzyści i kosztów integracji Rzeczypospolitej Polski z Unią Europejską, 26.7.2000, S. 109, <http://www.cie.gov.pl>.

die Intensität der Kooperation weit hinter derjenigen der an der polnischen Westgrenze bestehenden Euroregionen zurückliegt.<sup>55</sup> Allerdings belegt die nach einer dynamischen Phase in der ersten Hälfte der 90er Jahre wieder gebremste Kooperation zwischen polnischen Wojewodschaften und Kaliningrad, daß auch die regionale Zusammenarbeit immer wieder massiven Rückschlägen ausgesetzt sein kann (s.u.).

### 3. Modernisierung grenznaher Infrastruktur

Vom Ausbau der Sicherungs- und Abfertigungsanlagen (der in nicht unerheblichem Ausmaß durch EU-Mittel gefördert wird) sowie durch die Aufstockung von Grenzsicherungspersonal, Angehörigen der Zollabfertigung und der Polizei an der polnischen Ostgrenze gehen beachtliche Impulse für die regionale Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung aus. In den kommenden Jahren erhalten die Wojewodschaften in Polens Osten zusätzliche Brüsseler Hilfsmittel zur Verbesserung des Wegenetzes, von Kläranlagen und Grenzübergängen.<sup>56</sup>

Insgesamt wird man dem Urteil zustimmen dürfen, daß Polen auf seine östlichen Nachbarn aus der Perspektive seiner Position in der Region, der Unterstützung prowestlicher und reformorientierter Tendenzen sowie der Entwicklung des grenznahen Handels blickt, während für die Europäische Union vor allem Fragen der inneren Sicherheit, der Verbrechensbekämpfung und des Güterverkehrs im Vordergrund stehen.<sup>57</sup> Immerhin deuten manche Signale aus Brüssel darauf hin, daß sich diese beiden Sichtweisen einander angenähert haben. So signalisierte die Kommission Bereitschaft, der Bildung einer Zone des visafreien Reiseverkehrs zuzustimmen, der neben künftigen EU-Mitgliedsländern auch Kaliningrad angehören könnte.<sup>58</sup> Je offener aber die Grenzen Polens zu Kaliningrad und seinen anderen östlichen Nachbarländern sein werden, desto länger wird die aus polnischer Sicht verständlicherweise unerwünschte Beobachtungsphase, also die Fortführung von Kontrollen an der polnischen Westgrenze, dauern.

### *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)*

Die Ausformung einer eigenen sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension der Europäischen Union wurde in Rußland durchaus als Chance erkannt. Im Vordergrund stand dabei die Überlegung, die Aufwertung einer autonomen, von den Strukturen der NATO emanzipierten europäischen Sicherheitskomponente könne die NATO schwächen oder wenigstens die Differenzen zwischen europäischem und amerikanischem Pfeiler der Allianz akzentuieren.<sup>59</sup> Selbstverständlich basierte diese Überlegung darauf, daß die ESVP ein Projekt

---

<sup>55</sup> Vgl. Andrzej Kowalczyk: Problemy pogranicza polsko-ukraińskiego i rozwój stosunków współpracy transgranicznej, in: Zbigniew Kurcz (Hrsg.): Pogranicze z Niemcami a inne pogranicza Polski, Wrocław 1999, S. 201-210.

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> Sławomir Łodziński: Problemy polityki migracyjnej Polski w latach 1989-1998 (czerwiec) a nowa ustawa o cudzoziemcach, Biuro Studiów i Ekspertyz, Raport nr. 147, <http://www.biurose.sejm.gov.pl/teksty/r-147.htm>.

<sup>58</sup> Specjalny status dla Kaliningradu, Rzeczpospolita, 12.1.2000.

<sup>59</sup> Vgl. dazu und v.a. zur polnischen Haltung: Kai-Olaf Lang: Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 62/63 1999.

mit manifest "europäistischer" Stoßrichtung sein würde. Gerade polnische Politiker haben aber immer wieder betont, daß für sie die ESVP nur dann akzeptabel ist, wenn sich daraus keine Schwächung des transatlantischen Nexus bzw. der amerikanischen Präsenz in Europa ergibt. Eine EU-Mitgliedschaft Polens kann aus Moskauer Sicht zunächst nur wenig Gutes verheißen. Erstens wird nämlich ein erklärter Fürsprecher Amerikas und der sicherheitspolitischen Fixierung auf die NATO in die ESVP eingepflanzt. Zweitens kommt ein Land, das sich traditionell durch eine distanzierte und vorsichtige Haltung gegenüber Rußland auszeichnete, in die Lage, die immer wichtiger werdende Außen- und Sicherheitspolitik der EU mitzugestalten. In Anbetracht dessen wundert es kaum, wenn von russischer Seite Interesse daran bekundet wurde, die ESVP aus dem Bereich der Intergouvernementalität herauszuheben: Mit der Einführung von Mehrheitsentscheidungen könnte ein Land wie Polen keine Obstruktionspolitik gegenüber einer nach seinem Gusto allzu nachgiebigen Rußlandpolitik der EU realisieren.<sup>60</sup>

### **Wirtschaftsbeziehungen: Mehr Interdependenz oder Dependenz?**

Bereits die Republik Polen der Zwischenkriegszeit hatte sich bei ihren wirtschaftlichen Kontakten mit dem Ausland vorwiegend auf Mittel- und Westeuropa konzentriert. "Die benachbarte Sowjetunion spielte im polnischen Außenhandel eine völlig untergeordnete Rolle."<sup>61</sup> Die in der Nachkriegszeit einsetzende Intensivierung der polnisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen hatte Ende der 60er Jahre ihren Höhepunkt erreicht. Schon ein Jahrzehnt später war die drastisch gestiegene Bedeutung der Bundesrepublik bzw. beider deutscher Staaten nicht zu übersehen. Zwischen 1980 und 1990 wurde die Sowjetunion von der Position des bedeutendsten Handelspartners Polens durch Deutschland verdrängt und rangierte mit einem Exportanteil von knapp 15,3% sowie einem Importanteil von 19,8% nur noch auf dem zweiten Platz.<sup>62</sup>

Der Zerfall des RGW und die Umstellung der Handels- und Wirtschaftsstrukturen führten zu Beginn der 90er Jahre zu einer spürbaren Reduzierung der polnisch-russischen Wirtschaftskontakte. Insbesondere der Wechsel vom Transferrubel zur Abrechnung in Devisen sowie die gegenseitige Verschuldung erwiesen sich als Handelshemmnisse.<sup>63</sup> Aus polnischer Sicht schlug sich der Handelsrückgang vornehmlich in einer substantiellen Verringerung der Ausfuhren von Investitionsgütern, Brennstoff (Kohle, Koks), Rohstoffen (Schwefel), Chemikalien und industriell gefertigten Konsumgütern (Textilien, Schuhe u.ä.) nieder. Auch beinahe alle Gütergruppen auf der Importseite wurden vom "Krach des künstlichen

---

<sup>60</sup> FAZ, Altes Denken im neuen Rußland, 9.5.2000.

<sup>61</sup> Die Exporte in die UdSSR und die baltischen Länder sanken zwischen 1929 und 1938 von 6,8% auf 0,8%. Jiří Stehlík: Vývoj hospodářských vztahů Polska a Ruska po druhé světové válce, in: Vladimír Leška u.a.: Rusko, Polsko, střední Evropa: dědictví minulosti a současnost, Praha 1998, S. 55-71, hier: S. 56.

<sup>62</sup> Rocznik statystyczny 1996, Główny Urząd Statystyczny, Warszawa 1996, S. 459.

<sup>63</sup> Czesław Mojsiewicz: Stosunki Polski z Federacją Rosyjską, in: Marian Szczepaniak u.a.: Polska i jej nowi sąsiedzi, Poznań, Toruń 1994, S. 80-103, hier: S. 99.

Kooperationssystemen" erfaßt.<sup>64</sup> Zu Recht beklagte man daher in Polen die "ungenutzten Möglichkeiten und Reserven des Handelswachstums" mit Rußland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken.<sup>65</sup>

Immerhin brachte das Jahr 1993 "beachtlichen Fortschritt beim Ausbau der rechtlichen Infrastruktur" der gegenseitigen Wirtschaftskooperation. So wurde während des Besuchs von Präsident El'cin in Warschau ein Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie eine Vereinbarung über die Erstellung eines Systems von Pipelines zum Transport russischer Erdgaslieferungen (s.u.) unterzeichnet. Positiv ließ sich auch die Kooperation zwischen Polen und Kaliningrad an, wo bereits mehr als 200 Joint-ventures mit polnischer Beteiligung aktiv waren.<sup>66</sup> Auf jeden Fall stellte sich ab 1993 eine spürbare Erholung im bilateralen Handel ein, die auch in den Folgejahren anhielt. Zwischen 1993 und 1997 stiegen die Handelsumsätze von 1,95 Mrd. USD auf 4,84 Mrd. USD. Die polnischen Ausfuhren in die Russische Föderation erhöhten sich um mehr als das Dreifache (Abb. 1), was bedeutete, daß mehr als 8% des polnischen Exportvolumens nach Rußland gingen (Abb. 2). Ein positives Urteil über Handel und Wirtschaftskontakte war in jener Phase denn auch bei vielen Zusammenkünften polnischer und russischer Politiker auszumachen. So etwa beim bewußt "wirtschaftszentrierten" Rußlandbesuch des polnischen Premierministers Włodzimierz Cimoszewicz im November 1996, im Rahmen dessen u.a. ein Abkommen zur Lösung der Schuldenproblematik unterzeichnet und polnischen Banken versprochen wurde, sie könnten Filialen in Rußland eröffnen.<sup>67</sup> Als Fürsprecher einer vertieften wirtschaftlichen Kooperation und einer "Ökonomisierung" der Beziehungen mit dem Osten profilierte sich in jener Zeit auch Außenminister Andrzej Olechowski, der eine Vielzahl von Projekten ankündigte (*Tranzyt, Kontakt, Wspólnicy, Wokulski*) und in dessen Amtszeit auch der Vorschlag einer polnisch-russischen "Partnerschaft für die Transformation" fällt.<sup>68</sup> Alles in allem zeigte sich: Auch das durch die NATO-Ambitionen Polens getrübbte Verhältnis schien die Dynamik der wirtschaftlichen Interaktionen nicht zu bremsen.

Gleichwohl beobachtete man in Moskau mit Unbehagen, daß Polen und die anderen Länder Ost- und Ostmitteleuropas seit Beginn der 90er Jahre eine nachhaltige Umorientierung ihres Außenhandels weg von Rußland und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion hin vornehmlich zur EWG/EU vollzogen hatten. Im Zeitraum von 1989 bis 1995 fiel der Anteil Rußlands an den Handelsumsätzen Bulgariens von 60% auf 24%, Ungarns von 25% auf 9,4%, der Slowakei und Tschechiens von 40% (ČSSR) auf zusammen 18,2%, Rumäniens von 26,6% auf

---

<sup>64</sup> Michał Dobroczyński: Polska jako partner gospodarki rosyjskiej, in: Stanisław Bieleń (Hrsg.): Polska–Rosja. Czas przewartościowań, Warszawa 1995, S. 89-104, hier: S. 96f.

<sup>65</sup> Jerzy Rutkowski: Współpraca gospodarcza Polski z zagranicą. Charakter i skutki zmian, in: Barbara Wizimirska (Hrsg.): Rocznik polskiej polityki zagranicznej 1993-1994, Warszawa 1994, S. 63-70, hier: S. 66.

<sup>66</sup> Jarosław Bratkiewicz: Stosunki z Rosją, Ukrainą i Białorusią, in: Barbara Wizimirska (Hrsg.): Rocznik polskiej polityki zagranicznej 1993-1994, Warszawa 1994, S. 127-134, hier: S. 131.

<sup>67</sup> Mniej kompleksów, Polityka, Nr. 47, 23.11.1997, Bez wzajemnych długów, Rzeczpospolita, 14.11.1996.

<sup>68</sup> Břetislav Dančák: Vnitropolitický vývoj v Polsku a polsko-ruské vztahy, in: Vladimír Leška u.a.: Rusko, Polsko, střední Evropa: dědictví minulosti a současnost, Praha 1998, S. 113-127, hier: S. 120.

9% und Polens von 25% auf 6,2%.<sup>69</sup> Ein Dorn im Auge war Moskau in diesem Zusammenhang namentlich die forcierte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern Ostmitteleuropas in der *CEFTA*. Rußlands damaliger stellvertretender Premier und Außenhandelsminister, Oleg Davidov, erläuterte die Ursachen für Moskaus Unzufriedenheit:

Mitteleuropa ist ein bedeutender Faktor im Bemühen Rußlands, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Doch diese Aufgabe erfüllt es nicht. Einen unguten Einfluß auf die russischen Handels- und Politikinteressen hat die Existenz der aus Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, der Slowakei und Slowenien bestehenden *CEFTA*, die den Zugang russischer Industriegüter und entwickelter Technologien auf ihre Märkte einschränkt.<sup>70</sup>

Vor diesem Hintergrund sind Moskaus Initiativen zur Handelsliberalisierung mit den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas zu sehen. Deren erste, lanciert im August 1995, war der Plan einer Freihandelszone der ehemals sozialistischen Länder. Da diese Idee bei den Adressaten keinen Anklang fand, ging Moskau dazu über, die Bildung bilateraler Freihandelszonen zu offerieren. Polen erhielt ein solches Angebot im Vorfeld von Cimoszewiczs Moskau-Besuch im Herbst 1996. Obwohl man in Warschau die Vorteile einer umfassenden Handelserleichterung sah, wollte man sich nicht auf den Moskauer Vorschlag einlassen. Offenbar verband man mit dem Gedanken einer gemeinsamen Freihandelszone mit Rußland die Gefahr, Polen werde sich in eine neue wirtschaftliche und politische Abhängigkeit begeben und gegenüber dem Westen unglaublich.<sup>71</sup>

In diese Phase einer kräftigen Zunahme des polnisch-russischen Handels (mit jährlichen Zuwachsraten des polnischen Exports von 30%) und einer Reihe hoffnungsvoller wirtschaftspolitischer Signale fiel die "Rußlandkrise" vom Spätsommer 1998. In den Reihen der besorgt nach Osten blickenden polnischen Wirtschaftsexperten herrschte Uneinigkeit über die Konsequenzen für Polen. Das Meinungsspektrum reichte von Prognosen, die einen merklichen Rückgang des polnischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) vorhersagten, bis zu der Annahme, die verhältnismäßig geringe wirtschaftliche Verflechtung mit Rußland werde sich gleichsam als Vorteil erweisen und die Entwicklung in Polen nur geringfügig berühren.<sup>72</sup> Bald zeigte sich, daß so gut wie alle polnischen Firmen, die ins "Ostgeschäft" involviert waren, Federn lassen mußten. Der Wert der polnischen Ausfuhren nach Rußland sank bis 1999 auf ein Drittel des Niveaus von 1997. Besonders hart betroffen waren die Exporteure von Lebensmitteln (diese hatten 1997 43% der polnischen Ausfuhren nach Rußland ausgemacht) und chemischen

---

<sup>69</sup> Alexander Duleba, Karel Hirman: *Rusko na konci Jel'cinovej éry*, Bratislava 1999, S. 178.

<sup>70</sup> T. Zahradníček, S. Drahný: *Moskva mení doktrínu, Sme v strednej Európe*, Nr. 2, 1997, zit. nach: Alexander Duleba, Karel Hirman: *Rusko na konci Jel'cinovej éry*, Bratislava 1999, S. 185.

<sup>71</sup> Letztlich wurde von den Regierungschefs lediglich eine unverbindliche Absichtserklärung unterzeichnet, derzufolge etwaige Handelsliberalisierungen im Einklang mit völkerrechtlichen Vertragsverpflichtungen und den Prinzipien der WTO erfolgen sollen. Więcej obaw niż zachęt, *Rzeczpospolita*, 8.11.1996. Zu erwähnen ist, daß Polens Beitritt zu einer Freihandelszone mit Rußland oder anderen Ländern keineswegs im Widerspruch zum Assoziierungsabkommen steht, wie Polens Mitgliedschaft in der *CEFTA* beweist. Vgl. zur Problematik der Handelsliberalisierung mit Rußland: Marek Kostrzewski: *Rosja w konfrontacji z eurasyjatyckimi interesami gospodarczymi Polski*, in: Michał Dobroczyński (Hrsg.): *Niemcy Polska Rosja, Bezpieczeństwo europejskie i współpraca społeczeństw*, Warszawa 1996, S. 275.280, hier: S. 276f.

<sup>72</sup> *Rosyjska epidemia*, *Życie*, 28.8.1998.

Erzeugnissen (Kosmetika, Arznei; 17%) sowie die Hersteller von "elektromaschinellen Produkten" (Kühlschränke, kleinere Lastfahrzeuge; 12%) und Möbeln (11%).<sup>73</sup> Erschwerend kam für die Lebensmittelbranche zwischen Oder und Bug hinzu, daß die Europäische Union mit einer offensiven Exportförderungs politik landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Polen vom russischen Markt verdrängte.<sup>74</sup> Gegenüber 1998 nahm die Nachfrage nach polnischer Arznei und nach Lebensmitteln 1999 um 30% ab, die Ausfuhr von Fleischprodukten ging um 60% zurück.<sup>75</sup>

Die 98er-Krise und ihre Implikationen veranlaßte polnische Geschäftsleute und Außenhandels spezialisten zu einer Reflexion über Formen einer Revitalisierung der gegenseitigen Wirtschaftskontakte. Dabei wurden Charakteristika und Defizite der kommerziellen und wirtschaftlichen Beziehungen deutlich:

- Polen und Rußland sind auch nach ökonomischen Kriterien zwei äußerst ungleiche Partner. Während in Polen nach einer spätsozialistischen Protoreformphase am Ende der 80er Jahre eine Equipe die Regierungsverantwortung übernahm, die – symbolisiert durch den Balcerowicz-Plan – ein kurzfristig angelegtes Konzept der makroökonomischen Stabilisierung und der Initialisierung von Marktprozessen umsetzte und die Grundlagen für die Herausbildung einer – wie auch immer gearteten – Marktwirtschaft legte, fehlte in Rußland sowohl eine konsequent umgesetzte Übergangsstrategie als auch der Konsens über das wirtschaftspolitische Zielmodell.<sup>76</sup> Anders als in Polen haben in Rußland sowohl das materielle als auch das mentale Vermächtnis des Realsozialismus in (nicht nur) wirtschaftlicher Hinsicht oft irreparable Schäden hinterlassen.
- Polen konnte so verhältnismäßig rasch auf einen soliden Wachstumspfad gelangen, seine außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Koordinaten Richtung "Westen" readjustieren und die Modernisierung seiner sozialökonomischen Basisstrukturen in Angriff nehmen, während Rußland in einem häufig unbestimmten, orientierungslosen wirtschaftlichen und politischen Schaukelprozeß stagnierte und regredierte.
- Dadurch haben sich zwischen beiden Ländern Imbalancen ergeben, die zu den klassischen strukturellen Unterschieden hinzutreten. Exemplarisch sei auf das immense Gefälle des BIP hingewiesen.
- Kennzeichnend für die polnisch-russischen Austauschbeziehungen ist eine aus polnischer Sicht chronisch negative Handelsbilanz. Da rund 80% der russischen Einfuhren nach Polen Rohstoffe (vor allem Energieträger) mit einer geringen Nachfrageelastizität ausmachen, vertiefte sich das Handelsbilanzdefizit mit Rußland nach der Augustkrise von 1998 und dem damit einhergehenden Nachfragerückgang nach polnischen Produkten bedeutend. Besonders der – aus dem niedrigen Rubelkurs resultierende – Einbruch des grenznahen

---

<sup>73</sup> Rosja – wciąż niepewny interes, *Życie*, 26.10.1998, Kupią, nie kupią?, *Gazeta Wyborcza*, 28.8.1998.

<sup>74</sup> Bei Subventionsbeträgen von 400 Euro pro Tonne Schweinefleisch oder 40 Euro pro Tonne Äpfel fiel der Anteil des Rußlandgeschäfts für viele polnische Hersteller von Fleisch-, Milch- und Obstprodukten von um die 50% auf 1-4%. Jak Unia wyparła Polskę z rynku, *Rzeczpospolita*, 27.1.2000.

<sup>75</sup> Powrót na Wschód, *Wprost*, 23.7.2000.

<sup>76</sup> Jerzy Kleer: *Polityka i gospodarka w transformacji: Polska, Rosja i wschodnie Niemcy*, in: Michał Dobroczyński (Hrsg.): *Niemcy Polska Rosja, Bezpieczeństwo europejskie i współpraca społeczeństw*, Warszawa 1996, S. 263-274, hier: S. 266ff.

Handels (*non-registered borderline trade*) machte der polnischen Handelsbilanz zu schaffen.<sup>77</sup> Daher steht das Bestreben nach einer Dynamisierung der polnischen Exporte nach Rußland im Zentrum der Überlegungen der polnischen Ostwirtschaft. Einer Steigerung der Ausfuhren wäre insbesondere eine aktivere Exportförderungs politik, konkret die Zusage von Exportkrediten und Investitions garantien, zuträglich.<sup>78</sup> Unabdingbar ist die Verbesserung der infrastrukturell-logistischen Voraussetzungen für den Osthandel.<sup>79</sup>

- Nicht zuletzt einer Erhöhung polnischer Direktinvestitionen wird große Bedeutung zugeschrieben. Polen, so wird kritisiert, gestalte seine wirtschaftlichen Kontakte mit Rußland vorwiegend mit Blick auf den gegenseitigen Handel. "Doch wir werden unsere hohe Position nicht aufrechterhalten, wenn wir uns nicht mit Kapital in Rußland engagieren." Für die in der Regel kapitalschwachen polnischen Firmen kommt dabei namentlich das gemeinsame Engagement mit westlichen Partnern in Frage.<sup>80</sup> Einstweilen liegt die polnische Investitionstätigkeit in Rußland klar hinter der russischen in Polen zurück.<sup>81</sup> Selbst diese beträgt aber lediglich knapp über 1 Mrd. USD. Mit Ausnahme des russischen Giganten Gazprom (der bis Ende 1999 1,1 Mrd. USD anlegte) sind keine größeren Investitionen aus der Russischen Föderation in Polen zu verzeichnen.<sup>82</sup>

Insgesamt wird man sich aber davor hüten müssen, zu hohe Erwartungen an den Handel mit Rußland und im weiteren Sinn mit anderen östlichen Nachbarn anzumelden. Flankierende Maßnahmen wie das von Wirtschaftsminister Janusz Steinhoff angekündigte Programm "Rußland – unser Handelspartner" können zwar zu einer gewissen Stimulierung der polnischen Exporte beitragen.<sup>83</sup> Doch die Rückkehr zu einem Verflechtungsgrad wie zu Zeiten der Sowjetunion ist nicht nur "unerreichbar und unnötig", sondern in Polen auch politisch kaum gewünscht. Wenn konstatiert wurde, daß es einen Spielraum zwischen dem Niveau von 5-8% der 90er Jahre und dem ehemaligen 30%-Anteil, den die Sowjetunion einst hatte, gebe und

<sup>77</sup> "The negative tendency (hinsichtlich der Handelsbilanz; K.-O. L.) was due, first and foremost, to the decrease of the surplus on non-registered borderline trade – and this is not surprising considering the fact that this takes place on the eastern border of the country mainly." Kopint-Datorg: Economic Trends in Eastern Europe, Vol. 8, No. 2, 1999, S. 114.

<sup>78</sup> Die bereits bestehenden Formen der Exportabsicherung sind für viele polnische Unternehmer zu teuer (so etwa die der Gesellschaft zur Versicherung von Exportkrediten [KUKE]), oder ihr Volumen ist unzureichend (so etwa die im Mai 2000 mit Hilfe der EBOR zustande gekommene Kreditlinie von 50 Mio. USD). Potrzeba gwarancji, kredytów i reklam, Rzeczpospolita, 11.7.2000.

<sup>79</sup> Hierher gehört etwa der Plan einer durch Polen führenden Autobahnverbindung zwischen Rußland und Polen oder einer Eisenbahnmagistrale nach Moskau, die etwa 15 Mrd. USD kosten soll.

<sup>80</sup> Marek Kostrzewski: Rosja w konfrontacji z eurazjatyckimi interesami gospodarczymi Polski, in: Michał Dobroczyński (Hrsg.): Niemcy Polska Rosja, Bezpieczeństwo europejskie i współpraca społeczeństw, Warszawa 1996, S. 275-280, hier: S. 279.

<sup>81</sup> Auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR gibt es bereits seit Mitte der 90er Jahre rund 2000 Firmen mit polnischem Kapital (davon 250 in Kaliningrad, 293 in der Petersburger Gegend), doch der Wert polnischer Investitionen beläuft sich auf gerade rund 50 Mio. USD. Drodzy goście, Wprost, Nr. 48, 1.12.1996, Zimny pokój na Bugu, Polityka, Nr. 38, 18.9.1999.

<sup>82</sup> Rußland lag Ende 1999 mit einem Anteil von 3,2% aller in Polen getätigten Investitionen auf Platz neun der Herkunftsländer von Anlagekapital, Inwestycje zagraniczne w Polsce, <http://www.mg.gov.pl>.

<sup>83</sup> Na Wschód, na Wschód, Gazeta Wyborcza, 27.10.2000.

man mehr nicht sagen könne,<sup>84</sup> so zeigen neuere Berechnungen, daß Polen sein Handelspotential (im Gegensatz zu anderen ostmitteleuropäischen Ländern wie Tschechien oder Ungarn) bereits weitgehend ausgeschöpft hat und somit der 5-8%-Korridor auch längerfristig maßgeblich bleiben wird.<sup>85</sup>

### **Energiepolitik: Kreuzung von Wirtschaft, Ostpolitik und Sicherheitsbelangen**

Es ist kein Zufall, daß die Lieferungen von Erdöl und Gas aus Rußland immer wieder zum Gegenstand politischer Kontroversen und der öffentlicher Diskussion in Polen werden. In der vielschichtigen Problematik der Energieträger russischer Herkunft fließen wirtschaftliche, geostrategische und sicherheitspolitische Grundfragen ineinander, mit denen Polen seit 1989 bzw. 1991 konfrontiert ist.

Polen verläßt sich vorwiegend auf Energieträger aus Rußland. Etwa 70% des polnischen Gasverbrauchs werden durch russisches Gas gedeckt, rund 80% des Ölverbrauchs werden durch Öl aus russischen Quellen befriedigt.<sup>86</sup> Während über den Danziger Hafen auch Erdöl aus anderen Herkunftsländern nach Polen gelangt, befindet sich Rußland bei Gaslieferungen in einer Monopolstellung. Lediglich Polens heimische Erdgasförderung stellt eine Ergänzung zu den russischen Lieferungen dar (Tab.).

*Tabelle:*                    **Abhängigkeit der Länder Ostmittel- und Osteuropas  
von russischen Erdöllieferungen 1995 (in Mrd. m<sup>3</sup>)**

	Einfuhr aus Rußland	Heimische Produktion	Einfuhrabhängigkeit (%)
Tschechien	7,95	0,14	98,3
Ungarn	6,89	4,88	58,5
Polen	6,70	3,70	64,4
Slowakei	5,60	0,20	96,6
Slowenien	0,45	0,00	100

*Quelle:* Alexander Duleba, Karel Hirman: Rusko na konci Jel'cinovej éry, Bratislava 1999, S. 204.

Polens Gasverbrauch wird – u.a. aufgrund der Reduktion des Kohlebergbaus in Schlesien – in den nächsten Jahren bedeutend ansteigen. Während in der ersten Hälfte der 90er Jahre jährlich gut 10 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas verbraucht wurden, soll sich der Bedarf bis zum Jahr 2010 auf

<sup>84</sup> Zbigniew Madaj: Polska strategia gospodarcza wobec Rosji, in: Stanisław Bieleń (Hrsg.): Polska–Rosja. Czas przewartościowań, Warszawa 1995, S. 105-123, hier: S. 113.

<sup>85</sup> M. Zoltán Jakab, Mihály András Kovács, András Oszlay: A külkereskedelmi integráció – becslések három kelet-közép-európai ország egyensúli külkereskedelmére, in: Közgazdasági Szemle, XLVII. évf., 2000. szeptember, S. 719-740.

<sup>86</sup> Oczy i uszy Moskwy, Wprost, 9.4.2000.



22 bis 27 Mrd. m<sup>3</sup> erhöhen.<sup>87</sup> Die polnische Regierung konstatiert daher: "Das systematische Wachstum der Sicherheit der Gaslieferungen ist und wird ein Schlüsselement der nationalen Energiebilanzen in den nächsten zwanzig Jahren sein."<sup>88</sup> Die Abdeckung des Mehrbedarfs soll im wesentlichen durch russische Erdgaslieferungen erfolgen, die durch die neue Gasleitung von der Halbinsel Yamal nach Westeuropa über polnisches Territorium gelangen. Ein Abkommen über die Errichtung dieser Gaspipeline und den Transit russischer Gaslieferungen wurde während des Besuchs Boris El'cins in Warschau im August 1993 unterzeichnet. Im September 1996 trafen der staatliche Gaslieferant *Polnische Öl- und Gasindustrie (PGNiG)* und Gazprom eine Vereinbarung, in der die Höhe der russischen Erdgaslieferungen nach Polen festgelegt wurde. In diesem "Jahrhundertvertrag" verpflichtete sich die polnische Seite, in einem Zeitraum von 25 Jahren 250 Mrd. m<sup>3</sup> Gas abzunehmen.

Sowohl die Regelungen des Jahrhundertvertrags als auch der Bau der Jamal-Pipeline selbst waren indes von Anfang an umstritten.<sup>89</sup> So wurde eingewendet, Polen fixiere sich einseitig auf Rußland, gelange in eine noch größere energiepolitische Abhängigkeit und werde dadurch politisch erpreßbar. Gleichzeitig wurde auf die ungünstige Konstruktion des Liefervertrags von 1996 verwiesen. Dieser ist, wie im Erdgasgeschäft üblich, mit einer "take or pay"-Klausel versehen: Unterschreitet Polens Bedarf die vorgesehenen Liefermengen, muß dennoch bezahlt werden. Schließlich wurde kritisiert, daß die Jamal-Pipeline die Position der Ukraine schwächen würde. Die neue Gasleitung führt nämlich über weißrussisches Gebiet nach Polen, stellt also eine Art Bypass um die Ukraine dar, der Kiew nicht nur um illegal abgezapftes Erdgas und Transitgebühren bringt, sondern auch seine geoökonomische Position gegenüber Moskau untergraben kann.

In Anbetracht solcher, insbesondere in Teilen der polnischen Rechten präsenter, Zweifel wurde seit 1997 intensiver über Möglichkeiten der Diversifizierung von Erdgaslieferungen nachgedacht.<sup>90</sup> Das wichtigste Resultat der Diversifizierungsbemühungen stellt der Zugriff auf norwegische Gasvorkommen dar. Im Rahmen eines im Jahr 1999 abgeschlossenen Vertrags kann Polen ab Oktober 2001 mit jährlich 500 Mio. m<sup>3</sup> rechnen. Ein Abkommen, das Premierminister Buzek und sein norwegischer Amtskollege Jens Stoltenberg im Juli 2000 unterzeichneten, stellt die Lieferung von jährlich 5 Mrd. m<sup>3</sup> norwegischem Erdgas und den Bau

---

<sup>87</sup> In einer 1992 vom Wirtschaftskomitee des polnischen Ministerrats angenommenen Ausarbeitung wurde sogar von einem Verbrauch zwischen 27 und 35 Mrd m<sup>3</sup> ausgegangen, 1995 korrigierte die Regierung diese Zahl nach unten, *Źródła zaopatrzenia Polski w gaz, Jamalski gazociąg: Kalendarium, Rzeczpospolita*, 20.3.1998.

<sup>88</sup> Ministerstwo Gospodarki: *Założenia polityki energetycznej państwa*, 4. Prognoza krajowego zapotrzebowania na paliwa i energię, <http://www.mg.gov.pl>.

<sup>89</sup> Vgl. *Protokół rozbieżności w sprawie gazociągu jamalskiego i "kontraktu stulecia"*, *Rzeczpospolita*, 20.3.1998.

<sup>90</sup> Vgl. zu den einschlägigen Bemühungen und der Arbeit eines von Regierungschef Buzek speziell eingesetzten "Teams zur Diversifizierung von Gaslieferungen": *Przez 8 lat nic nie posunęło się do przodu*, Interview mit Jerzy Kropiwnicki, ehemaliger Vorsitzender des Teams zur Diversifizierung von Gaslieferungen, *Rzeczpospolita*, 1.9.2000, *Weryfikacja gazowej polityki*, *Rzeczpospolita*, 20.3.1999.

einer Pipeline von Norwegen durch die Ostsee nach Polen (und weiter nach Tschechien und Ungarn) in Aussicht.<sup>91</sup>

Die Verhandlungen über norwegische Lieferungen fallen in eine Zeit, in der Rußland mit einer neuen Initiative hinsichtlich der Jamal-Pipeline für heftige Diskussionen in Polen sorgt. Im Frühjahr 1999 wurde in den polnischen Medien von russischen Plänen berichtet, in denen es um die Erstellung einer zusätzlichen Gaspipeline geht, welche die Ukraine umgehen würde.<sup>92</sup> Durch eine zweite Leitung der Jamal-Pipeline würde – je nach Variante – Gas nach Westen transferiert und/oder über einen Abzweig in Polen in die Slowakei gepumpt, wo der Anschluß an West- und Südeuropäische Pipelinesysteme erfolgen würde. Ein breites Echo erhielt dieses Projekt, als Präsident Kwaśniewski bei seinem Moskau-Besuch im Juli 2000 bestätigte, daß Gazprom-Chef Rem Vjachirev ihm einen solchen Vorschlag unterbreitet habe.<sup>93</sup> Trotz 1 Mrd. USD zusätzlicher Erlöse, die Polen aus einer weiteren Leitung zufließen könnten, überwog in Warschau die Skepsis gegenüber der russischen Idee. Kwaśniewski selbst will noch in Moskau zweimal darauf hingewiesen haben, daß Polen nichts zulassen werde, was die Interessen der Ukraine beeinträchtigt.<sup>94</sup> Und Premier Buzek versicherte seinem ukrainischen Amtskollegen Wiktor Juščenko: "In Kiew können alle ruhig schlafen. ... Polen verfolgt eine Energiepolitik, die einen strategischen Partner berücksichtigt, wie er die Ukraine für uns ist."<sup>95</sup> Auch der polnische Wirtschaftsminister Janusz Steinhoff äußerte sich ähnlich. Man sei natürlich am Transit von Gas interessiert, doch nur, sofern die Interessen der Ukraine gewahrt werden. Warschau werde nicht zulassen, daß "durch Polen ein Gasbypass verlaufen wird, der die Ukraine umgeht".<sup>96</sup> Dies sei auch die Haltung der Regierung.<sup>97</sup>

Die Antwort Moskaus ließ nicht lange auf sich warten. Gazprom drohte damit, im Falle eines polnischen Neins eine Pipeline durch die Ostsee zu legen. Rußlands Vizepremier Viktor Christienko warnte vor einer Politisierung der Pipelineproblematik. Es gehe um die Energiesicherheit Europas im 21. Jahrhundert, und "Europa besteht nicht nur aus Polen, sondern auch aus Deutschland, Italien und Frankreich."<sup>98</sup> In Gestalt einer Anfang September 2000 einberufenen sog. Studiengruppe aus Gazprom, der französischen Gaz de France, der Ruhrgas AG und Wintershall aus Deutschland sowie der italienischen SNAM, deren Aufgabe es ist, technische und wirtschaftliche Aspekte des Pipelinevorhabens zu untersuchen, demonstrierte

---

<sup>91</sup> Die definitive Entscheidung soll bis Ende 2000 fallen, über Einzelheiten verhandeln die PGNiG und die norwegische Statoil. Vgl.: Są rozmowy z Norwegią, Rzeczpospolita, 25.5.2000, Pierwszy gaz z Norwegii, Rzeczpospolita, 14.7.2000, Poland and Norway sign accord for new pipeline, News and Trends in Europe, 4.7.2000, <http://www.gasandoil.com>, Cena bezpieczeństwa gazowego, Rzeczpospolita, 4.7.2000.

<sup>92</sup> Życie, 25.4.2000.

<sup>93</sup> Rura przeciw Ukrainie? Nie!, Gazeta Wyborcza, 12.7.2000.

<sup>94</sup> Ebenda.

<sup>95</sup> W Kijowie mogą spać spokojnie, Życie, 17.7.2000.

<sup>96</sup> Zdecyduj się Polsko, Gazeta Wyborcza, 19.7.2000.

<sup>97</sup> Gazociąg – tak, ale bez szkody dla sąsiadów, Rzeczpospolita, 22./23.7.2000.

<sup>98</sup> Russia and Poland in gas dispute, Financial Times, 25.7.2000.

Rußlands Gasriesen abermals, über welche einflußreiche Bundesgenossen er verfügt.<sup>99</sup> Russische Zeitungen betonten, daß insbesondere Deutschland und Rußland nicht zuletzt durch die Verflechtung von Gazprom und Ruhrgas parallele Interessen hätten. "Wenn die Polen ihre Meinung nicht ändern, so sind sie unweigerlich einem Gasangriff durch Deutschland und Rußland ausgesetzt", formulierte scharf die Izvestija.<sup>100</sup>

Die nach den jüngsten Turbulenzen auf den internationalen Ölmärkten ebenfalls auf eine Diversifizierung ihrer Energieträgerlieferungen bedachte EU gab auf jeden Fall zum Ausdruck, daß sie polnisch-ukrainische Belange nicht besonders berücksichtigen wird, wenn es um ihr langfristiges Ziel geht, den Anteil der aus Rußland kommenden Erdgaslieferungen von derzeit 28% auf 54% hochzuschrauben. Angeblich sollen dabei sieben Pipelineprojekte in der Diskussion sein, die allesamt die Ukraine umgehen. "Wenn Polen dem Transit von Gas über sein Territorium nicht zustimmt, dann wählen wir einen anderen Weg", hieß es Anfang Oktober 2000 aus Kreisen der Kommission.<sup>101</sup>

Im Lauf des Herbstes zeigte sich indes, daß angesichts der geballten Interessen der westeuropäischen Energiekonzerne, der russischen Gaswirtschaft, der Brüsseler Kommission sowie der europäischen und russischen Regierungen Polens Vorbehalte lediglich eine untergeordnete Rolle spielen. Die faktische Einigung zwischen den westlichen Gasfirmen und Gazprom und die auf dem EU-Rußland-Gipfel in Paris verkündeten energiepolitischen Ziele (die u.a. eine Verdoppelung der Gaseinfuhren aus Rußland in die EU vorsehen) dokumentieren, daß Polen nur geringe Chancen hat, seine Position geltend zu machen. Sich in die normative Kraft des Faktischen fügend, wurde von der polnischen Regierung der offizielle Standpunkt nun so formuliert, daß man der Erstellung einer neuen Gasleitung zustimmen könnte, sofern die zusätzlichen Gaslieferungen das bisherige Volumen von Gastransporten durch die Ukraine nicht beeinträchtigten.<sup>102</sup>

Bemerkenswert ist bei alledem, daß sich Polen in einer heiklen Periode des polnisch-russischen Miteinanders verhältnismäßig rasch und unzweideutig für die ukrainische Option entschieden hat. Die Angst vor einer wirtschaftlich sowie finanziell geschwächten und somit politisch durch Rußland verwundbaren Ukraine überwiegt gegenüber einer schnellen Verbesserung des Verhältnisses zu Rußland und kurzfristigen ökonomischen Gewinnkalkülen.<sup>103</sup> In der knappen Einschätzung Jerzy Marek Nowakowskis, des einflußreichen außenpolitischen Beraters des polnischen Premierministers, spiegelt sich die

---

<sup>99</sup> Silna grupa studyjna, Gazeta Wyborcza, 6.9.2000.

<sup>100</sup> Zitiert nach: Rurociąg nieprzyjaźni, Trybuna, 25.7.2000.

<sup>101</sup> Gazociąg przyjaźni, Gazeta Wyborcza, 5.10.2000.

<sup>102</sup> Polski MSZ: będziemy rozmawiać z Rosją o nowym gazociągu, Gazeta Wyborcza, 8.11.2000.

<sup>103</sup> Inwieweit Polen sich in finanzieller Hinsicht "überwinden" muß, ist nicht eindeutig zu klären. Die monetären Vorteilen des Vorhabens sind nämlich nicht unbedingt identisch mit der Milliarde, die von russischer Seite in Aussicht gestellt wurden. So schließt der polnische Politologe Kostrzewa-Zorbas nicht aus, daß es zwischen Polen und der Ukraine zu einem Preiswettbewerb nach unten kommen könnte, der beide Länder um Transiteinkünfte bringen würde. Bez Ukrainy nie ma Polski, Interview mit Grzegorz Kostrzewa-Zorbas, Życie, 18.7.2000.

eigentliche Sorge Polens wider: "In Rußland setzte man in letzter Zeit sehr stark auf wirtschaftliche Expansion als Element der Außenpolitik."<sup>104</sup>

Angesichts solcher Befürchtungen liegt es nahe, daß Polen in weniger ambivalenten Fragen als der Gasproblematik Anstrengungen unternimmt, um die wirtschaftlich-energiepolitische Selbständigkeit der Ukraine zu stärken. So wurde polnischerseits Bereitschaft signalisiert, sich am Bau der Erdölpipeline *Odessa–Brody–Gdańsk* zu beteiligen, durch die jährlich bis zu 40 Mio. Tonnen Öl fließen sollen, die durch Aserbaidshan, Kasachstan, Turkmenien und Rußland gefördert werden.<sup>105</sup>

### **Kaliningrad: Polnischer Berührungspunkt mit Rußland**

Das Kaliningrader Gebiet ist für Polen ein Objekt besonderen Interesses. Erstens stellt es den einzigen direkten geographischen Berührungspunkt zwischen Polen und Rußland dar. Zweitens ruft das in Kaliningrad stationierte russische Militärpotential die permanente Aufmerksamkeit polnischer Sicherheitspolitiker hervor. Drittens ist die 210 km lange polnisch-russische Grenze seit der polnischen NATO-Mitgliedschaft die einzige unmittelbare Kontaktlinie zwischen der Allianz und Rußland im östlichen Mitteleuropa. Und viertens wird nach einem EU-Beitritt Polens die Grenze zwischen Polen und Kaliningrad zu einer Außengrenze der EU, wobei die Besonderheit zu berücksichtigen ist, daß nach der allfälligen EU-Mitgliedschaft Litauens Kaliningrad zu einer russischen Enklave in der EU werden wird. Mißtrauen hat in Polen die mehrmals erhobene russische Forderung nach einem "Transportkorridor", der Weißrußland und Kaliningrad verbinden sollte, hervorgerufen (s.u.). Das Problem der Durchfahrtsregelung für polnische Schiffe durch den russischen Teil des Frischen Haffs bzw. die Meerenge von Baltijsk (Rußland verweigert polnischen Schiffen, die von oder nach Elbląg wollen, die Durchfahrt) lastet seit Jahrzehnten auf dem polnisch-sowjetischen/russischen Verhältnis.<sup>106</sup>

Diese Rahmenbedingungen tragen prinzipiell nicht gerade zur Vereinfachung sowie Intensivierung der Kontakte zwischen Polen und Kaliningrad bei, die sich nach 1990 rasant entwickelt haben. Allein der sprunghafte Anstieg des Personenverkehrs zeigt, welche Dynamik die Austauschbeziehungen zwischen Polen und der Kaliningrader Gebiet annahmen: Während 1990 lediglich knapp 83.000 Personen die polnisch-russische Grenze überschritten, lag diese Zahl bereits 1992 deutlich über 1 Mio. Im Jahr 1996 wurden von den polnischen

---

<sup>104</sup> Kto pod kim rury kopie, *Życie*, 14.7.2000.

<sup>105</sup> Poland and Ukraine to co-operate on Odessa-Brody-Gdansk pipeline project, *News and Trends in Europe*, 7.8.2000, <http://www.gasandoil.com>.

<sup>106</sup> Erstmals seit 1945 durchfuhr im März 1998 wieder ein polnisches Handelsschiff die Meerenge von Baltijsk, um im 1995 als Hochseehafen reaktivierten Elbląg anzulegen. Elbląg ist aufgrund der Verbindung mit Kaliningrad zum viertgrößten Hafen Polens avanciert. "Laila" kończy II wojnę światową, *Rzeczpospolita*, 16.3.1998.

Grenzbehörden 4,2 Mio. Übertritte an der polnisch-russischen Grenze registriert.<sup>107</sup> Der neuen Qualität der beiderseitigen Beziehungen versuchten Politiker aus der polnischen Grenzregion und aus Kaliningrad zu entsprechen, indem sie verstärkt auf die grenzübergreifende Zusammenarbeit setzten.<sup>108</sup> Diese Linie wurde auch von den Regierungen in beiden Ländern übernommen und fand ihren ersten Ausdruck in der am 22. Mai 1992 erfolgten Unterzeichnung eines Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit der nordöstlichen Wojewodschaften der Republik Polen und des Kaliningrader Gebiets der Russischen Föderation. Ein durch Regierungsbevollmächtigte beider Seiten im Herbst 1994 einberufener Kooperationsrat Kaliningrad-Polnische Regionen ist mit der Erarbeitung von konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und mit der Schaffung entsprechender rechtlicher Voraussetzungen beauftragt. Weitere Indikatoren für die voranschreitende Verflechtung mit dem Gebiet Kaliningrad waren die Eröffnung eines polnischen Konsulats in Kaliningrad (1993) sowie der Ausbau und die Neueröffnung von Grenzübergängen (bis Ende 1997 waren drei Übergänge für den Straßenverkehr sowie drei Eisenbahngrenzübergänge und ein Übergang im Hafen Frombork in Betrieb).

Die vielversprechende Entwicklung der Kontakte zwischen Polen und Kaliningrad geriet indes seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre wieder etwas ins Stocken. Am deutlichsten wird dies im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen und hier vor allem bei den polnischen Ausfuhren sichtbar. Während der Umsatz zwischen Polen und Kaliningrad von 64 Mio. USD im Jahr 1994 auf 300 Mio. USD im Jahr 1998 wuchs, mußten die polnischen Exporteure relative Geländeverluste hinnehmen. Der für Handelsfragen zuständige polnische Konsul in Kaliningrad beklagte, Polen habe noch Mitte der 90er Jahre mit dem Kaliningrader Gebiet Umsätze realisiert, die diejenigen Deutschlands sechsmal übertrafen.<sup>109</sup> Mittlerweile habe Deutschland Polen überholt. Für die Absatzschwäche polnischer Produkte werden mehrere Gründe angeführt.<sup>110</sup> So seien die Kapazitäten der Grenzabfertigungsstellen überlastet, verfügten polnische Geschäftsleute nicht über die nötige Expertise, um fehlerfreie Verträge abzuschließen (in Kaliningrad gibt es keine polnische Anwaltskanzlei, die sich auf das dort geltende Recht spezialisiert hat), unterschätzten polnische Händler die Anforderungen ihrer russischen Partner. Vornehmlich aber rächt sich, daß polnischerseits in Kaliningrad kaum Investitionen getätigt werden. Obwohl die meisten ausländischen Firmen, die in Kaliningrad registriert sind, aus Polen stammen, ist deren Neigung, Kapitalanlagen zu tätigen, äußerst gering ausgeprägt. Neben der allgemeinen Kapitalschwäche in Polen kommt hierbei nach Ansicht von polnischen Beobachtern die Absenz von Investitionsabsicherungen durch Versicherungsgesellschaften zum Tragen. "Wenn wir im Laufe der nächsten vier bis sechs Jahre nicht ernsthaft im Kaliningrader Gebiet investieren, werden wir diesen Markt

---

<sup>107</sup> Dieser Wert fiel 1998 deutlich ab, wurde aber bereits 1999 (4,24 Mio.) wieder erreicht. Zahlen nach: Edmund Wojnowski: *Granica polsko-kaliningradzka 1994-1997*, in: Zbigniew Kurcz (Hrsg.): *Pogranicze z Niemcami a inne pogranicza Polski*, Wrocław 1999, S.247-271, hier: 262f; *Obcy w sistemie, Rzeczpospolita*, 25.2.2000.

<sup>108</sup> Vgl. dazu Wojnowski, a.a.O.

<sup>109</sup> *Wolny Królewiec, Wprost*, 13.2.2000.

<sup>110</sup> *Przegrywamy z Niemcami i Litwinami, Rzeczpospolita*, 25.10.1999.

unumkehrbar an die westlichen Konzerne verlieren", erklärte kritisch der polnische Generalkonsul in Kaliningrad.

Ob Polen und polnische Unternehmen in der Lage sein werden, beim Wettlauf um den Kaliningrader Markt mithalten, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sich Polen angesichts seiner eigenen künftigen EU-Mitgliedschaft und der intensivierten Kontakte Kaliningrads mit der Europäischen Union einbringen wird. Die aus der Schengen-Frage und der Übernahme der EU-Standards im Bereich von Produkt- und Umweltnormen resultierenden Restriktiva könnten durch Formen forcierter regionaler und grenzüberschreitender Kooperation zwischen der (künftigen) EU und ihrem Nachbarn Kaliningrad zumindest teilweise kompensiert werden.<sup>111</sup> Bereits jetzt arbeiten polnische Städte und Regionen und Kaliningrader Kommunen in den Euroregionen Baltika und Niemen zusammen. Hierbei könnte u.a. an eine zum Euro-arktischen Barentssee-Rat (*BEAC*, dem auch trotz geographischer Distanz die russische Republik Karelien angehört) analoge Konstruktion oder an Förderungsmöglichkeiten im Rahmen des die europäischen Außengrenzen abdeckenden INTERREG-Programms gedacht werden.<sup>112</sup>

### **Gesellschaftliche Wahrnehmung: Sorge und Kooperationsbereitschaft**

Im Vergleich zu anderen Nationen und deren Angehörigen gehören Rußland und die Russen nicht gerade zu den Sympathieträgern der Polen. Während der 90er Jahre gab nie mehr als ein Fünftel der befragten Polen an, Sympathie für die Russen zu empfinden, deutlich mehr als die Hälfte hingegen verspürte "Abneigung".<sup>113</sup> In der Beliebtheitsrangliste der Nationen rangierten die Russen daher immer im Schlußdrittel (Abb. 3). Während lediglich 16% der Polen der Auffassung sind, die Anwesenheit russischer Staatsbürger in Polen sei für das Land von Vorteil, erblicken fast zwei Drittel darin einen Nachteil.<sup>114</sup>

Es wäre indes nicht zutreffend, wollte man aus diesen Zahlen eine antirussische Grundstimmung oder gar einen dumpfen "Rußlandhaß" ableiten. Die Aversion der meisten Polen gegenüber Rußland und den Russen speist sich zunächst aus der skeptischen und wenig hoffnungsvollen Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Rußland. Im Vergleich zu den Ländern Mittel- und Osteuropas existiert für die Mehrheit der Polen in Rußland, so das Ergebnis einer Umfrage aus dem Jahr 2000, das geringste Maß an politischer Freiheit und rechtlicher Gleichheit, gibt es dort die wenigstens Möglichkeiten der politischen Einflußnahme durch das Volk. Lediglich in Rumänien, so die befragten Polen, sei der

---

<sup>111</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Die russische Exklave Kaliningrad im Kontext regionaler Kooperation, Berichte des BIOst, Nr. 20, 2000, S.17ff.

<sup>112</sup> Lyndelle D. Fairlie: Will the EU use Northern Dimension to solve its Kaliningrad dilemma?, Working Paper 21, 1999, S. 22f.

<sup>113</sup> CBOS: Stosunek Polaków do innych narodowości, Komunikat z badań Nr. 158, 1998. <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/1998/KOM158/KOM158.HTM>.

<sup>114</sup> Czy obecność obcokrajowców w Polsce jest korzystna?, Umfrageergebnis von CBOS, nach: Życie Warszawy, 27.10.1999.

Lebensstandard niedriger als in Rußland.<sup>115</sup> Dementsprechend pessimistisch fällt daher auch der Blick auf die politische Situation in Rußland aus. Nur ein gutes Zehntel der Polen ist davon überzeugt, daß sich Rußland auf dem Weg zur Demokratie befindet, weit über die Hälfte ist der Auffassung, Rußland bewege sich auf eine diktatorische Regierungsform zu.<sup>116</sup>

Diese kritische Lagebeurteilung bekräftigt offensichtlich viele Polen in ihrer Angst, Rußland könne aufgrund interner Wirren oder politischer Reorientierungen zu altem Großmachtdenken zurückkehren. So nahm die Furcht vor russischen Bestrebungen, sich in Ostmitteleuropa wieder Einfluß zu verschaffen, bis Mitte der 90er Jahre sprunghaft zu. Nachdem die diesbezüglichen Sorgen mit der nahenden NATO-Mitgliedschaft Polens gesunken waren, erhöhten sie sich nach dem Kosovokonflikt wieder leicht (Abb. 4).

Nicht zu übersehen ist, daß trotz Furcht und Ungewißheit über die weitere Entwicklung für die meisten Polen Ansatzpunkte zu mehr konstruktiver Gemeinsamkeit mit Rußland bestehen.

- Erstens ist die überwältigende Mehrheit der Polen, nämlich 69%, im Jahre 2000 der Ansicht, zwischen Polen und Rußland könnten "partnerschaftliche Beziehungen" geschaffen werden. Dieser Anteil entspricht etwa demjenigen, der für das polnisch-ukrainische Verhältnis ermittelt wurde und der Ende der 90er Jahre hinsichtlich des polnisch-deutschen Verhältnisses gemessen wurde, als es um die Frage ging, ob eine "Aussöhnung" zwischen den jeweiligen Nationen möglich sei.<sup>117</sup>
- Zweitens gibt es in der polnischen Bevölkerung keine Mehrheit, die eine engere Zusammenarbeit Polens mit der Ukraine einer intensiveren Kooperation mit Rußland vorziehen würde. Während diese Alternative nur von 8% der befragten Polen unterstützt wird, votiert eine klare Mehrheit von 63% für eine gleiche Kooperationsintensität mit beiden Staaten.<sup>118</sup>
- Auch im Vergleich mit westlichen Staaten wird Rußland als Kooperationspartner von den Polen mehrheitlich akzeptiert. Zwar bestehen beachtliche Vorbehalte, was die militärische Zusammenarbeit anbelangt, auf politischem Gebiet liegt Rußland aber hinter Amerika und Deutschland auf Platz drei der wünschenswerten Partnerländer. Im Bereich der wirtschaftlichen Kooperation wird Rußland sogar (hinter Deutschland) als zweitwichtigster Partner Polens wahrgenommen.<sup>119</sup>

Rußland wird insofern eher als ein für Polen bedeutender Nachbar und international zentraler Akteur mit immensem Destabilisierungspotential verstanden denn als expliziter "Gegner". Die umsichtig-besorgte Grundhaltung vieler Polen geht einher mit einer hohen Volatilität bei

---

<sup>115</sup> CBOS: Jak Polacy postrzegają kraje naszego regionu?, Komunikat z badań Nr. 72, 2000, <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2000/KOM072/KOM072.HTM>.

<sup>116</sup> CBOS: Stosunki polsko-rosyjskie po zmianach w Rosji, Komunikat z badań Nr. 34, 2000, <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2000/KOM034/KOM034.HTM>.

<sup>117</sup> CBOS: Sytuacja Polski na arenie międzynarodowej w opinii publicznej, Komunikat z badań Nr. 91, 2000, <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2000/KOM091/KOM091.HTM>.

<sup>118</sup> Diese Zahlen haben sich zwischen 1992 und 2000 kaum verändert. Ebenda.

<sup>119</sup> CBOS: Kierunki współpracy z innymi krajami, Zusammenfassung einer Umfrage vom Juni 1998, <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/1998/ZK096.HTM>.

der Einschätzung der bilateralen Beziehungen. Noch zu Beginn des Jahres 2000 gaben zwei Drittel der befragten Polen an, die polnisch-russischen Beziehungen seien "weder gut noch schlecht". Bereits drei Monate später war die Gruppe dieser "indifferenten" Beobachter unter die 50-%-Marke gefallen. Im gleichen Zeitraum hatte sich das Lager derjenigen, die die beiderseitigen Beziehungen als "schlecht" einschätzten, mehr als verdoppelt (Abb. 5). Nicht vergessen werden sollte aber, daß Polens wachsende Verflechtung mit den politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens auch eine neue Gelassenheit bei vielen Polen entstehen läßt. Bereits die russische Augustkrise von 1998 löste nur noch bei 12% der Polen große Angst aus, mehr als ein Viertel hingegen verspürte überhaupt keine Furcht mehr. Mehr als die Hälfte der Polen waren der Auffassung, die Rußlandkrise werde keinerlei Auswirkungen auf ihre Lebensbedingungen haben.<sup>120</sup>

### **Herausforderungen und Ansatzpunkte der polnisch-russischen Beziehungen**

Ein Blick auf Polens Kontakte mit seinem großen östlichen Nachbarn verdeutlicht, daß das breite Spektrum der polnisch-russischen Beziehungen sich im abgelaufenen Jahrzehnt sehr uneinheitlich entwickelte.

- Die wirtschaftlichen Beziehungen entfalteten sich zunächst dynamisch, wurden dann aber durch die Auswirkungen der Rußlandkrise Ende der 90er Jahre vorübergehend zurückgeworfen. Weiterhin ist aber der wirtschaftliche Austausch das Gebiet, auf dem die Kooperationsbereitschaft gerade in Polen am höchsten ist.
- Sicherheitspolitisch ergab sich die Situation eines gefestigten Mißtrauens: Die NATO-Mitgliedschaft Polens führte zu keiner Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses, aber sie führte auch zu keiner positiven Wende. Die angestrebte "Normalisierung nach der Integration"<sup>121</sup> wird erst mittelfristig zur Geltung kommen können.
- Bezüglich der Politik Polens gegenüber der Region an seiner Ostflanke besteht nach wie vor eine strukturelle Interessendiskrepanz zwischen Warschau, dem an einer Intensivierung der Kontakte mit den Staaten dieser Region gelegen ist, und Moskau, das sich um die Sicherung bzw. Wiederherstellung seines Einflusses in diesen Ländern bemüht. Besonders signifikant ist dieser Gegensatz mit Blick auf die Ukraine.
- Durch Polens künftige EU-Mitgliedschaft sollen nach Beteuerungen polnischer Politiker die polnisch-russischen Beziehungen nicht in Mitleidenschaft geraten. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, daß die Übernahme des EU-Besitzstandes durch Polen sowohl wirtschaftliche als auch zwischenmenschliche Kontakte limitiert. Zwar liegt das polnische Engagement für Rußland in dieser Frage klar hinter dem Einsatz für die Ukraine zurück, dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, daß hier eine Interessenparallelität zwischen Polen und Rußland besteht.
- Trotz hoffnungsvoller Ansätze zu Beginn der 90er Jahre geriet die Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit bald wieder ins Stocken. Aus polnischer Sicht stimmt es nach-

---

<sup>120</sup> CBOS: Polacy wobec kryzysu w Rosji, Komunikat z badań Nr. 138, 1998, <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/1998/KOM138/KOM138.HTM>.

<sup>121</sup> Najpierw integracja, później normalizacja, Rzeczpospolita, 4.3.1997.



denklich, daß selbst in der russischen politischen Elite kaum Engagement für eine selbstkritische Konfrontation der jüngsten Geschichte besteht. Allerdings zeigt die Eröffnung polnischer Ehrenfriedhöfe im laufenden Jahr, daß es in Rußland weiterhin eine Bereitschaft gibt, sich zu den schwerwiegendsten Hypothesen aus der Vergangenheit zu bekennen.

- Die Wahrnehmung Rußlands und der Russen durch die polnische Gesellschaft ist keineswegs eindeutig durch negative oder gar ablehnende Haltungen geprägt. Es dominieren eher Vorsicht und Zurückhaltung. Das Wort "Russophobie" ist in diesem Zusammenhang nur insoweit angebracht, als es eine Art "Ängstlichkeit" vor Rußland bezeichnet, nicht aber ein Gefühl der Ablehnung oder des Hasses. Vielsagend ist der Umstand, daß gegen die knapp 2,5 Mio. russischen Staatsbürger, die jedes Jahr nach Polen kommen, keine manifesten Angriffe mit fremdenfeindlichem Hintergrund festzustellen sind.

In der Gesamtschau ergibt sich somit ein teils spannungsvolles, keineswegs aber durchweg negatives Ensemble von polnischen Kontakten zu Rußland. Es wird zu den wichtigen Herausforderungen für die polnische Außen- und Innenpolitik gehören, die Habenposten in der bilateralen Bilanz noch stärker hervorzuheben und den Sollposten ihre destruktive Kraft zu nehmen. Man wird dabei u.a. folgende Aufgaben ausmachen können:

- Die polnische Rußlandpolitik ist noch zu einem beachtlichen Ausmaß innenpolitisch bedingten Ausschlägen unterworfen. Angesichts der ideologischen Trennlinien zwischen den in Polen bestehenden politischen Optionen ist es fraglich, ob mittelfristig die Entstehung eines rußland- und ostpolitischen Konsenses und die Überwindung der Einteilung in "*Russia firsters*" und "*Ukraine firsters*" möglich ist. Immerhin hat der Bereich der Europa- und Sicherheitspolitik gezeigt, daß solch ein Vorhaben realisierbar sein kann.
- Polen muß seine Rußlandpolitik aus der Position eines NATO-Mitglieds und eines künftigen EU-Mitglieds führen. Während polnische Politiker dazu neigen, die hieraus erwachsenden zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten zu unterstreichen, darf nicht übersehen werden, daß die Mitgliedschaft in Allianz und Union nicht zuletzt Einbindung und Einpassung bedeutet. Ein gespanntes Verhältnis Polens zu Rußland projiziert sich auch auf die Beziehungen Rußlands zu den Organisationen, in denen Polen Vollmitglied ist. Diese sind aber vorrangig an positiven Kontakten mit Rußland interessiert. Anders gesagt: Polen muß seine Rußlandpolitik NATO- und Europa-kompatibel machen. Nur dann kann es ein Faktor sein, der "Rußland in die europäische Politik" einbringt, wie dies Polens stellvertretendem Außenminister Przemysław Grudziński vorschwebt.<sup>122</sup> Schleift Polen indes seine rußlandpolitischen Kanten nicht ab, läuft es Gefahr von seinen westlichen Partnern als antirussische Bastion gemäßregelt oder übergangen zu werden. Besonders ungünstig wäre für Polen die Intensivierung direkter Kontakte seiner westlichen Partnerländer mit Rußland. Sofern Deutschland solche Kontakte realisiert, erhält der immer noch virulente polnische Rapallo-Komplex<sup>123</sup> neuerlich Auftrieb.
- Gegenüber Rußland muß Polen stärker akzentuieren, daß es sich – gerade nach dem NATO-Beitritt – nicht als *antemurale* des Okzidents versteht und seine Kontakte zu den Ländern

---

<sup>122</sup> My gotovy prinjat' cennosti NATO, Interview mit Przemysław Grudziński, stellvertretender polnischer Außenminister, *Vlast'*, 30.11.1999.

<sup>123</sup> Jerzy Holzer: *Kompleks Rapallo. Mit czy realna groźba?*, Warszawa 1999.

östlich des Bugs weder auf einer paternalistischen Basis stehen noch gegen Rußland gerichtet sind,<sup>124</sup> sondern letztlich auf die Konsolidierung der gesamten Region abzielen.

- Ebenso sollte Polen russische Ängste dadurch abbauen, indem es stärker als bislang deutlich macht, daß es nicht an einem schwachen, sondern an einem stabilen, demokratisch konsolidierten und wirtschaftlich prosperierenden Rußland interessiert ist. In diese Richtung weisende Äußerungen polnischer Politiker wurden in Rußland allem Anschein nach weder von der politischen Klasse noch von der Öffentlichkeit angemessen rezipiert.
- Schließlich darf die Existenz verschiedener Segmente der polnischen Gesellschaft und der politischen Klasse des Landes nicht vergessen werden, die ein originäres Interesse an einer Verbesserung und Intensivierung der polnisch-russischen Beziehungen haben. Hierzu gehören Geschäftsleute, die im Osthandel tätig sind, Vertreter politischer Strömungen, die ein offenes Verhältnis zu Rußland haben, und nicht zuletzt Intellektuelle, die sich, wie Adam Michnik, als "antisowjetische Russophile" bezeichnen<sup>125</sup> und die etwa in der Zeitschrift *Novaja Pol'sa* einen angeregten Dialog mit russischen Schriftstellern, Wissenschaftlern und Künstlern führen.

Sollte es gelingen, die in diesen Bereichen liegenden Chancen zu nutzen, so wäre es denkbar daß Polen sein noch ausstehendes drittes großes Ausgleichsvorhaben – nach Deutschland und der Ukraine – in Angriff nehmen kann, vorausgesetzt natürlich, die Verhältnisse in Rußland erlauben dies. Selbst dann aber wird man in Polen Rußland und den Russen kaum Liebe, sondern eine Melange aus Kooperationsbereitschaft, Zurückhaltung und Umsicht entgegenbringen. Das "ethnohistorische Oxymoron" des Nebeneinanders von Gemeinsamem und Trennendem<sup>126</sup> wird auch in Zukunft charakteristisch für die Beziehungen Polens zu Rußland bleiben.

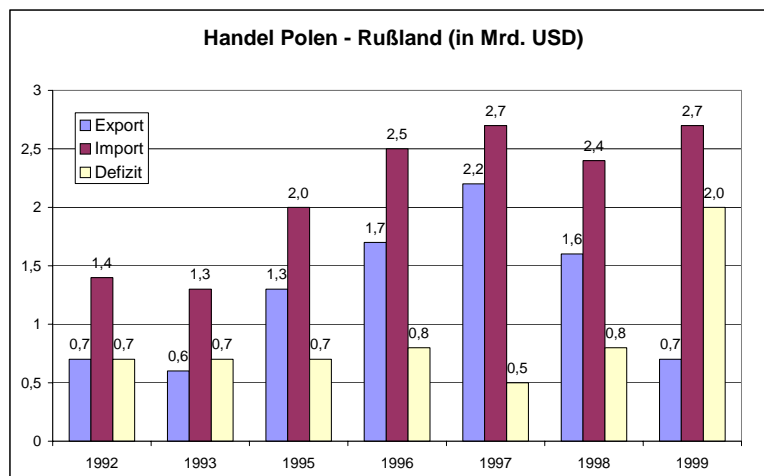
---

<sup>124</sup> So der implizierte Vorwurf von Vykoukal, a.a.O., S. 343.

<sup>125</sup> "Russkie – naši brat'ja po nesčast'ju", Interview mit Adam Michnik, *Kommersant-Vlast'*, 30.11.1999.

<sup>126</sup> Ne domašnij éto byl spor, *Novaja Pol'sa*, Nr. 4, 1999, S. 19-29, hier: S. 19.

Abbildung 1:



Quelle: Rzeczpospolita, 28.8.2000, Statistische Jahrbücher.

Abbildung 2:

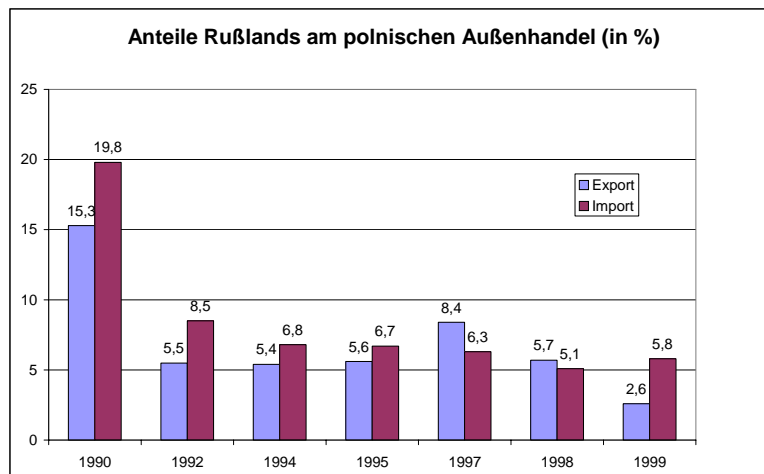
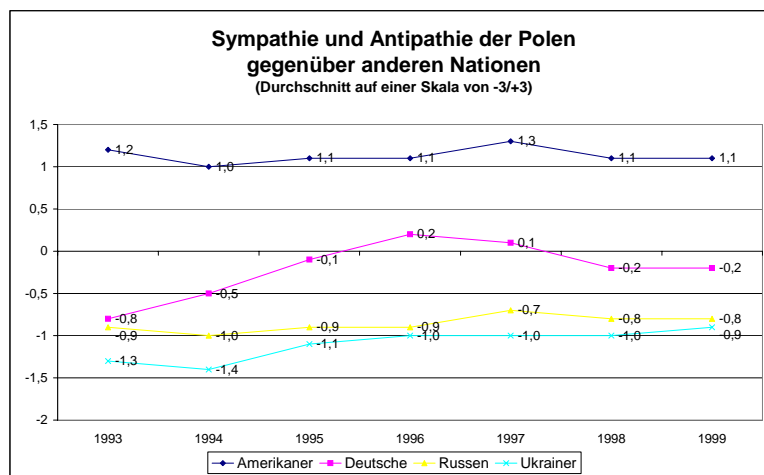
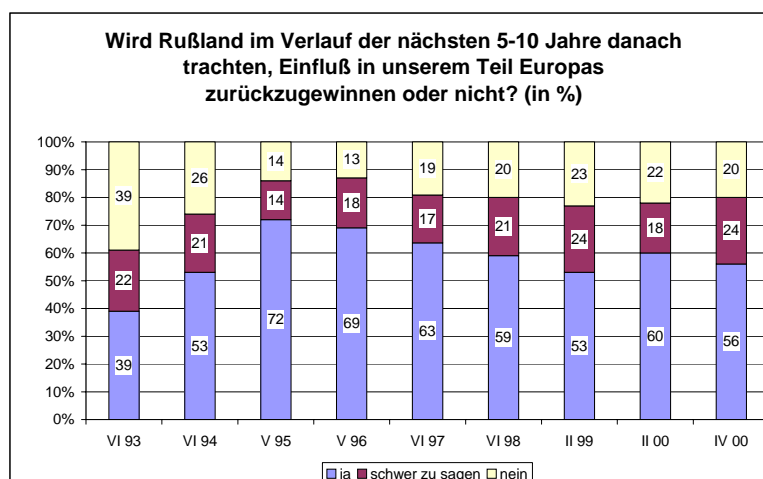


Abbildung 3:



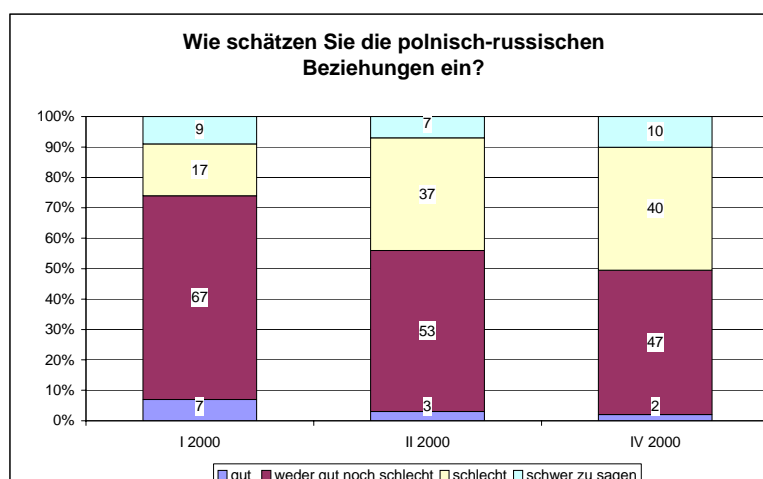
Quellen: CBOS: Stosunek Polaków do innych narodowości, Komunikat z badań Nr. 158, 1998, Kogo lubimy, a kogo nie, Gazeta Wyborcza, 20./21.11.1999.

Abbildung 4:



*Quellen:* CBOS: Polacy, Czesi i Węgrzy wobec NATO, Komunikat z badań Nr. 45, 2000, Polacy o stosunkach polsko-rosyjskich i sytuacji politycznej w Rosji, Komunikat z badań Nr. 61, 2000, <http://www.cbos.pl>.

Abbildung 5:



*Quellen:* CBOS: Polacy o stosunkach polsko-rosyjskich i sytuacji politycznej w Rosji, Komunikat z badań Nr. 61, 2000, <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2000/KOM061/KOM061.HTM>.



**Kai-Olaf Lang**

## **Poland's Relations With Russia: Between Suspicion and Co-operation**

Bericht des BIOst Nr. 31/2000

### **Summary**

#### *Introductory Observations*

Poland and Russia look back on many troubled times in their centuries-old history. For Poland its large eastern neighbour was mostly associated with repression, war and foreign rule. Hence it is hardly surprising that in the post-communist period, too, irritations and frictions have arisen time and again. Yet, as a closer examination reveals, Polish-Russian relations are not only confrontational. Ties exist on many different levels, and while in some areas they are tense and difficult, in others they are dynamic and co-operative. This is further confirmed if one looks at individual aspects of bilateral ties – e.g., the legacy of the recent past, Poland's policy towards its eastern neighbours, the security environment, Poland's future membership of the EU and social perceptions.

#### *Findings*

1. The recent past, in particular, continues to cast a shadow on bilateral ties. Following a brief period in the late 1980s and early 1990s when Moscow made some important gestures to Warsaw, Russian willingness to openly admit responsibility for the dark chapters in Polish-Russian history has faded. At the end of the 1990s the Russian attitude seemed to have reverted to the way it was before the signals sent at the beginning of the decade. Nevertheless, on a number of important fundamental questions it was clear that Moscow was continuing to adhere to a policy of openly confronting Polish-Russian history. Moreover, Warsaw's restrained reaction to Moscow's lapses has at least ensured that the path towards a continuation of dialogue and coming to terms with the past is not blocked.
2. With regard to Polish policy towards the region on its eastern border, there continues to be a conflict of interests between Warsaw, which would like to intensify contacts with the states in this region, and Moscow, which is interested in securing, or rather restoring, its influence in these states. This applies particularly to Ukraine and to Poland's campaign for a swift realisation of phase two of NATO's eastern enlargement program.
3. Economic relations initially blossomed but then suffered a temporary setback as a result of the Russian economic crisis at the end of the 1990s. Nevertheless, economic exchange is the area in which Poland, especially, is most willing to co-operate. Hence Poland's repeated initiatives aimed at revitalising and furthering economic contacts. Many of these

projects have failed, however, because of a too half-hearted approach to their realisation, and political differences may have played a role as well. There is also some scepticism about putting Polish-Russian relations on a primarily economic footing as a solid basis for contacts in other areas on the grounds that an all too intensive economic involvement with Russia could lead to new dependencies

4. The fear in Poland of an over-dependency on Russia is particularly strong with regard to the supply of energy, primarily gas, from Russia. The intensive discussion that has taken place since the beginning of 1999 about the building of a further gas pipeline from Russia to Western Europe revealed how closely linked economic, energy, security and strategic issues are in Poland's policy towards Russia and Eastern Europe.
5. With regard to security policy a situation of stable mistrust has emerged between Poland and Russia. Poland's membership of NATO did not produce a deterioration in bilateral relations, but neither did it improve them. The declared aim of "normalisation after integration" can be realised only in the medium term.
6. Polish politicians have given their assurances that Polish-Russian relations will not suffer as a result of Poland's future membership of the EU. At the same time, it is possible that Poland's adoption of the EU *acquis communautaire* will put a damper on both economic and personal contacts. While Poland's support for Ukraine on this issue is much greater than that for Russia, it cannot be denied that Poland and Russia have parallel interests here.
7. Perceptions of Russia and the Russians in Polish society are by no means entirely negative or rejecting. The predominant attitude is rather one of caution and reserve. The word "Russo-phobia" can only be used in this context to describe a kind of "timidity" of Russia, but not feelings of rejection or hatred. It is significant that no xenophobically motivated attacks have been registered on the almost 2.5 million Russians who visit Poland every year.
8. In general Poland's relationship with Russia is characterised by parallel feelings of mistrust and willingness to co-operate. While irritations and nervous reactions sometimes lead to a cooling of relations, they do not signal the beginning of a new ice age. In order to put relations with Russia on a more secure footing, the Polish side could consider tackling the following deficiencies:
  - Polish policy towards Russia and towards its eastern neighbours should be placed on a broad foundation embracing all political camps in order to prevent internal political disputes affecting the sensitive area of foreign policy.
  - In view of its integration in NATO and future EU membership, Poland should be careful not to pursue its own separate policy towards Russia. Were Poland's relations with Russia to diverge substantially from the concept of its western partners, Warsaw would risk being reprimanded or passed over by them.
  - Polish politicians should make it clearer than they have done so far that Poland is interested not in a weak Russia but in a politically stable, socially consolidated and economically prosperous neighbour.

- Those sectors of Polish society that hold an open attitude towards Russia could send out stronger signals than they have done up to now. This includes business people engaged in trade with the east, certain politicians and political groups, and some members of the Polish intelligentsia.